

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensezer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
27 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Alte und neue Sozialpolitik.

Die Sozialpolitik ist ein Kind des Kapitalismus. Sie hat die Aufgabe übernommen, die ärgsten Sünden seines Erzeugers abzuschwächen. In diesem Sinne war die Sozialpolitik in der Vorkriegszeit gehalten. Dieses „Rote Kreuz“ der kapitalistischen Wirtschaft wurde jedoch erst dann geboren, als der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die immer stärker werdende Verelendung, verursacht durch die kapitalistische Entwicklung, auch dem Staat gefährlich zu werden drohte. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben, wie in einer Reichstagsitzung vom 26. November 1884 Bismarck selber zugab, durch ihr Wirken die damalige Regierung zur Einführung sozialpolitischer Reformen gezwungen. Daß die Arbeiterschaft zu dieser Sozialpolitik, die damals mehr Wohlfahrtspflege war, kein rechtes Vertrauen besaß, ist selbstverständlich. Das Sozialistengesetz sprach damals zu deutlich. Die Arbeiterschaft sah in dieser Sozialpolitik nur ein neues Mittel, sie von ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus abzuhalten. Dieses Mißtrauen hielt die Arbeiterschaft natürlich nicht ab, nachdem sie die Bedeutung der Sozialpolitik erkannt hatte, durch eigene Forderungen und Anträge im Reichstage an der Weiterentwicklung der Sozialpolitik tatkräftig mitzuarbeiten. Was ursprünglich ein Mittel sein sollte, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, wurde schließlich zu einer Waffe in der Hand der Arbeiterschaft. Die Fortschritte, die die Sozialpolitik schon vor dem Kriege in Deutschland gemacht hatte, wären ohne eine starke Arbeiterbewegung unmöglich gewesen.

So wurde die Sozialpolitik schon in der Vorkriegszeit kräftig gefördert. Jedoch sie blieb im Grunde genommen immer noch Wohlfahrtspolitik. Heute hat sie eine ungleich größere Bedeutung. Die Sozialpolitik ist jetzt das Gebiet, auf dem die wirtschaftspolitischen Gegensätze am schärfsten aufeinanderprallen. Auf keinem anderen Gebiete der Volkswirtschaft versucht die Reaktion in schroffster Weise nicht nur jeden weiteren Fortschritt zu verhindern, sondern auch die bisherigen Errungenschaften wieder abzubauen. Die Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung sind hierfür das beweiskräftigste Beispiel. Jeder Wirtschaftspolitiker weiß, daß die Sozialpolitik der Nachkriegszeit grundsätzlich anders ist, als die der Vorkriegszeit. Und weil sie anders ist, deshalb die Erbitterung, mit der um sie gekämpft wird.

Für die Arbeiterschaft ist die Sozialpolitik der Hebel zur Schaffung einer neuen Zeit. Leider haben viele Arbeiter diese Bedeutung der Sozialpolitik im Kampfe gegen den Kapitalismus noch nicht begriffen. Sie glauben auch heute noch, die Sozialpolitik halte die endgültige Überwindung des Kapitalismus auf. Vor allem macht sich diese falsche Auffassung auf dem Gebiete der Wirtschaftsdemokratie und der internationalen Sozialpolitik unliebsam bemerkbar. Dagegen lehnt die staatliche Sozialversicherung heute kaum noch ein Arbeiter ab. Das Mißtrauen gegen gewisse Gebiete der Sozialpolitik kommt daher, weil immer noch viele Arbeiter glauben, mit der Entwicklung der Wirtschaft werde auch die Verelendung der Arbeiterschaft immer größer, bis dann plötzlich der Kapitalismus zusammenbrechen und aus seiner Asche wie ein Phönix der Sozialismus emporsteigen müsse. Dieser naive Glaube entspringt der falsch verstandenen und dogmatisch angewandten Marxschen Verelendungstheorie. Diese Theorie mag an sich richtig sein, aber man muß sich vor einer dogmatischen Anwendung dieser Theorie hüten. Gewiß hat die kapitalistische Wirtschaft die Tendenz, immer größeres Elend in die Arbeiterschaft zu bringen. Das kommt eben daher, weil der einzelne Unternehmer immer nur betriebs-

nie aber volkswirtschaftlich denkt. Diese dem Kapitalismus innewohnende Tendenz hat jedoch frühzeitig in der Arbeiterschaft den Gegenpartnern gefunden, der systematisch versucht, die drohende Verelendung zu verhindern und durch die Überwindung kapitalistischer Machtpositionen die Lage der Arbeiterschaft ständig zu verbessern. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ist der beste Beweis dafür, wie die Gewerkschaften versuchen, die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel aus den Händen einzelner in die Hände der Allgemeinheit zu übertragen. Leider können wir im Rahmen dieses Aufsatzes darauf nicht näher eingehen. Jedoch soviel sei gesagt, daß die Gewerkschaften die Wirtschaftsdemokratie nicht als ein Ziel betrachten, sondern als einen Weg zu einer besseren

wissenschaft, von der es keine Ahnung hatte. Das einseitige Feldgeschrei der Unternehmer und ihrer Trabanten heißt deshalb nach wie vor: Abbau der Soziallasten, Abbau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit! Und die Arbeiterschaft wird sich niemals freiwillig dazu verstehen, den Unternehmern zu ermöglichen, auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen den Weltmarkt zu erobern, um auf diese Weise die Wirtschaft der Unternehmer zu sanieren.

Die Sozialpolitik, ursprünglich der kleine Bruder, das „Rote Kreuz“ der privatkapitalistischen Wirtschaftspolitik, muß mehr und mehr in den Vordergrund treten. Der Gedanke, daß die Wirtschaft für alle Menschen da sei und jede Politik darauf Rücksicht zu nehmen habe, findet immer größere Verbreitung. Daß natürlich eine Menge Menschen, die gleich der Gerechtigkeit mit verbundenen Augen durch die Welt schweifen, diesen Gedanken nicht erfassen können, ist ebenfalls verständlich. Der Schrittmacher des industriellen Echarnacherturns, Professor Sorneffer, der den Kölner Karnevalsgesellschaften zur Errettung des in seinen letzten Zügen liegenden Kölner Karnevals angelegentlich als Ehrenvorsitzender zu empfehlen wäre, hat vor einiger Zeit in einem gegen die Sozialpolitik gerichteten Vortrage, den er in der Dortmunder Westfalenhalle gehalten hat, folgende Weisheiten von sich gegeben: „Das Arbeitszeitgesetz hat die Arbeit in Verruf gebracht, den Arbeitswillen untergraben. Es ist nicht so, daß die Fabrikarbeit, selbst die schwerste, so grauenhaft, monoton und gesundheitsschädlich ist, wie manche glauben. Der Arbeiter muß zum Sparen angehalten, und wenn er nicht will, dazu gezwungen werden durch eine staatliche Sparspflicht. Dann werden die üblen Folgen einer falschen Sozialpolitik verschwinden, der Arbeitslose wird arbeitswillig, der Arbeitsunfähige wird gesund, der Proletarier wird zum Kapitalisten!“

Zu dieser professoralen „Weisheit“ wäre nichts weiter zu sagen. Doch hören wir noch, was dieser karnevalistische Wunderkünstler in einem anderen Vortrage in einer Hauptauschussitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 14. September 1928 gesagt hat: „Der Arbeiter darf nicht unmittelbar und ausschließlich an den Lohn, den klingenden Gewinn denken, sondern er muß in der Sache selbst aufgehen, wenn sie ihm Befriedigung verschaffen soll“. Und an anderer Stelle sagte in seinem Vortrage dieser merkwürdige Zeitgenosse: „Wenn ehemals ein Kutscher zu seinem Herrn kam und sagte, mein Pferd ist krank, so war das ein rechter Kutscher. Es ging auch noch, wenn er kam und sagte, unser Pferd ist krank. Kommt er aber und sagt: Ihr Pferd ist krank, so ist das gewiß nicht der rechte Kutscher...“

Sehr geehrter Herr Professor! Man braucht nicht unbedingt Antialkoholiker zu sein. Aber lassen Sie das Zeug weg, wenn Sie es nicht vertragen können. Das wäre für Sie und für die ohnehin schon genug gequälte Menschheit besser. Vielleicht fällt es dann schließlich auch Ihnen auf, daß sich seit der Zeit der Leibeigenschaft und des Alten Fritz doch schon mancherlei in der Welt geändert hat. Jedoch mit Leuten, die nur wegen Platzmangel in den Altertums Museen noch frei herumlaufen, wollen wir uns ernsthaft nicht auseinandersetzen. Das kann von uns kein vernünftiger Mensch verlangen. Aber daß diese Leute nichts Ernsthafes gegen die Sozialpolitik vorbringen können, das ist der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung. Die Sozialpolitik ist das Schiff, das uns neuen Ufern entgegenführen soll. Und das Gekläff der Unternehmermeute beweist uns nur, daß wir auf dem rechten Wege sind!

Die Geister der Not.

Wir sind die grauen Geister der Not,
wir sind der Krieg, wir sind die Pest,
der Hunger sind wir und Gebrest,
vergiften euer kärglich Brot.
Uns zeugt die Nacht und nährt der Tag,
uns zeugt die Lust und nährt die Plag',
die Freude zeugt uns, Glück und Liebe,
uns nähren ewig eure Triebe,
und euer Leben schmälern wir,
und euer Streben zerquälen wir,
und euer Ringen zernagen wir,
und euren Frieden verjagen wir,
und eure Ehre bespeien wir,
und euer Recht kasteien wir,
und euer Schaffen verkümmern wir,
und eure Zukunft zertrümmern wir!

Holzamer.

Wirtschaftsordnung. Das hat das Unternehmertum klar erkannt und deshalb die nervöse Aufregung, die die Parole der Wirtschaftsdemokratie im Unternehmertum hervorgerufen hat. Es wäre den Arbeitern sehr zu empfehlen, diese Aufregung zu studieren. Mit dem Augenblick, in dem die Gewerkschaften ihre Tätigkeit einstellen würden, würde die Verelendung der Arbeiterschaft in einem nie gekannten Ausmaße einsetzen. Der Wille zur Ausbeutung ist bei den Unternehmern immer der gleiche. Und es ist ihr Schmerz, daß sich die politischen Machtverhältnisse geändert haben.

Die sozialpolitischen Kämpfe der letzten Zeit haben jedenfalls dazu beigetragen, das Interesse der Arbeiterschaft an der Sozialpolitik zu erhöhen. Das ist für uns ein Vorteil. Denn je eher die gesamte Arbeiterschaft die große Bedeutung der Sozialpolitik erkennt, um so leichter ist für die Gewerkschaften der Kampf gegen die Gegner der Sozialpolitik.

Immer wieder wird von den Gegnern der Sozialpolitik der Einwand erhoben, die Sozialpolitik gefährde die Wirtschaft, sie verhindere die Kapitalbildung, sie lähme die Arbeitslust der Arbeiterschaft. Man setzt dabei „Wirtschaft“ gleich „Unternehmer“ und „Kapitalbildung“ gleich „Profit“. Wer garantiert denn, daß die neugebildeten Kapitalien von den Unternehmern auch wirklich zweckmäßig in der Wirtschaft angelegt werden? Jede verstärkte Kapitalbildung ist für die Raß, wenn es nicht gelingt, sie auch zu erhöhter Produktion zu verwenden. Und auch die Absatzmöglichkeit der Mehrerzeugung ist nicht zuletzt von entscheidender Bedeutung. Die weiche Verteilung von Anlage- und Betriebskapital war bisher für das deutsche Unternehmertum leider eine Geheim-

Unternehmertum und Berufsausbildungsgezet.

Nach der Veröffentlichung des Entwurfes eines Berufsausbildungsgezetes setzte die Kritik von allen Seiten ein. Keiner war mit dem Entwurf restlos einverstanden. Der Fortschritt einer zentralen Regelung der Berufsausbildung wurde wohl anerkannt, im übrigen aber wurden vor allem durch die Gewerkschaften die Schattenseiten des Entwurfes aufgezeigt. Und die Unternehmer fürchteten für ihre „verbrieften“ Innungs- und Ausbeutungsrechte.

Die Gewerkschaften werden Verbesserungen in der Ausbildung fordern. Es werden Lehrwerkstätten einzurichten sein, Zwischenprüfungen durchgeführt werden müssen, auch Ausschüsse zur Überwachung einer guten Ausbildung müssen gebildet werden. Das kostet Geld. Und deshalb machen die Unternehmer mobil. In ihren Zeitschriften erheben sie „allerhöchste“ Bedenken gegen den Entwurf, der die „Selbständigkeit des Berufsstandes“ gefährde. Sie, die sich jahrhundertlang für die Ausbildung der Lehrlinge (lies: zur Förderung ihres Profits) eingesetzt hätten, sollten jetzt beiseite gestellt werden; sie, die den Gesellen schon immer Mitwirkung bei der Ausbildung der Lehrlinge (lies: soweit es in ihren Kram paßte) gewährt hätten, sollten nunmehr zusammen mit den Gesellen und — das dünkt ihnen noch schlimmer! — den Gewerkschaftsvertretern verhandeln; sie, die bisher den Lehrling nicht nur in fachlichen Dingen auszubilden suchten, sondern auch auf den ganzen Menschen erzieherischen Einfluß im Sinne der Zuchtigkeit (lies: zum Nutzen des Unternehmers) zu gewinnen trachteten, sollten nunmehr in fachlichen Dingen über die Lehrlinge nur noch in gleichem Ausmaß wie die Gesellen etwas zu sagen haben. Das paßt ihnen nicht. Und dagegen erscheint die Lehrlingsausbildung so wichtig und die Verantwortung der an der Lehrlingsausbildung beteiligten Kreise so groß, daß es auf unserer Seite reiflicher Überlegung bedürfte, um zu der Forderung auf eine gleichberechtigte und gleichverantwortliche Mitwirkung zu kommen.

Wir haben uns dafür entschieden. Unserer Meinung nach müßte das Unternehmertum sich freuen, Hilfe in diesen Fragen zu bekommen. Es würde sich auch freuen, wenn es mit seinen Methoden der Ausbildung nicht so mies stände, wenn es nicht befürchten müßte, daß wir ihm in die Karten gucken, wenn es nicht zu erwarten hätte, daß es nunmehr — bei verstärkter Mitwirkung der Arbeiterschaft — an manchen Stellen eine andere Regelung in der Lehrlingsausbildung und in der Ausbildung geben würde. Die Unternehmer wissen das. Da sie aber auch in der Zukunft aus den Lehrlingen übermäßig hohen Gewinn schlagen wollen, streifen sie sich über jene Paragraphen, die im Entwurf des Berufsausbildungsgezetes der Arbeiterschaft eine Mitwirkung zusichern.

Uns paßt ebenfalls vieles nicht im Gesetzentwurf über die Berufsausbildung. Uns erscheint vor allem die Zulässigkeit der tarifvertraglichen Regelung des Lehrlingswesens und der Vorrang des Tarifvertrages — also die direkte Mitwirkung der Gewerkschaft an der Regelung des Lehrlingswesens — nicht genügend gesichert. Uns ist auch die Mitwirkung der Arbeiterschaft in den Einzelfragen nicht genug gesichert. Wir fordern gleichverantwortliches und gleichberechtigtes Mitbestimmen in allen Fragen des Lehrlingswesens. Da uns das im Gesetzentwurf nicht gesichert erscheint, können wir mit dem Entwurf in seiner jetzigen Fassung nicht einverstanden sein.

Was schreiben nun die Unternehmer zu dem Entwurf? „Die deutsche Bauinnung“, das Blatt des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, wehrt in der Nummer vom 19. Januar gegen den Entwurf. Zum Schluß wird da gesagt: „Abschließend ist festzustellen, daß diese beiden Kernstücke des Berufsausbildungsgezetes, paritätische Ausschüsse und Regelung des Lehrvertrages, für das Gewerbe und besonders für das Handwerk schwere Bedrohungen bedeuten. Mit den paritätischen Ausschüssen wird die Selbständigkeit und die Selbstverwaltung der geschäftlichen Berufsvertretungen des Gewerbes in wesentlichen Punkten zerstört, mit dem § 24 das mit dem Gesetz Angestrebte nicht erreicht, sondern die gegenwärtige Regelung noch verschlechtert. Es ist dringend zu wünschen, daß sich in den Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss und später im Plenum des Reichstages die bürgerlichen Parteien zu einer geschlossenen Abwehrfront gegen diese Bestimmungen zusammenfinden.“

Der Obermeisterstag der Handwerkskammer Hannover faßte am 12. Januar nach einem Vortrag einstimmig folgende Entschliebung: „Der Obermeisterstag sieht in dem Entwurf des Berufsausbildungsgezetes die Anerkennung der Grundsätze, nach denen das deutsche Handwerk seit Jahrhunderten seine Berufsausbildung geordnet und namentlich die Meisterlehre gepflegt hat. Der Obermeisterstag stellt aber mit Bedauern fest, daß der Gesetzentwurf diese Grundsätze der Selbstverwaltung und der Meisterlehre in wichtigen Punkten beseitigen und verändern will. Er ersucht daher die dem Handwerk nahestehenden Parteien und Abgeordneten, das Gesetz nur dann anzunehmen, wenn es den berechtigten Wünschen des Handwerks voll gerecht wird.“

Das sind zwei Stimmen aus den Kreisen des Unternehmertums. Sie klingen ziemlich fade. Man führt auf jener Seite nur müßige „jahrhundertlange Tradition“ als „Recht“ ins Feld. Das ist für jeden Rückwärtsler ein „kräftiger Grund“. Wir aber sagen: Hinweg mit dem alten, es ist überlebt! Die Arbeiterschaft, die sich in vielen Fragen ihr Mitbestimmungsrecht erkämpft hat, wird sich auch hier nicht zurückweisen lassen. Wir haben ein volles Recht auf Mitwirkung bei der Ausbildung. Wir sind ein Teil, und zwar der wichtigste Teil der Wirtschaft. Und wir lassen nicht nach, bis auch im Berufsausbildungsgezet die Rechte der Arbeiterschaft auf gleichberechtigte Mitwirkung fest verankert sind, zum besten des einzelnen und der Allgemeinheit!

Geleseene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

August Daehne †

August Daehne ist nicht mehr. Am 29. Januar schloß er die Augen zur ewigen Ruhe. Er hatte das biblische Alter erreicht. Geboren am 23. September 1852 zu Zehdenick ist er beinahe 78 Jahre alt geworden.

Mit dem Namen August Daehne ist ein großes Stück Gewerkschaftsgeschichte der Bauarbeiterschaft Deutschlands verknüpft. Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz unjenseits Angedenkens gefallen war und im Jahre darauf, am 12. Mai 1891, der achte Maurerkongress zu Gotha die Gründung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands beschloß, hatte, da setzte der neue Verband neben dem Zentralvorstand als Aufsichts- und Beschwerdekörperschaft einen Verbandsausschuß ein, der am 10. Juli 1891 seine erste Sitzung abhielt, in der unser Kollege August Daehne zum Vorsitzenden des Verbandsausschusses gewählt wurde. Dieses hohe verantwortungsvolle Amt bekleidete August Daehne inne bis zum Jahre 1919. Immer wieder wählten die Ausschussmitglieder des Verbandes der Maurer Deutschlands und später des Bauarbeiter-Verbandes August Daehne als ihren Vorsitzenden. Dies geschah im September 1892, im März 1894, im April 1895 und im gleichen Monat der Jahre 1897, 1899, 1901, 1903, 1905 und 1907. Auf dem außerordentlichen Verbandstage zu Hannover wurde der Ausschussvorsitzende erstmalig durch den Verbandstag gewählt, und wiederum war es August Daehne, auf den diese Wahl fiel. Auch nach der Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter wurde August Daehne immer wieder der Ausschussvorsitzende, und erst nach 28 Jahren Tätigkeit in diesem verantwortungsvollen Amte legte er es nieder. Auf dem Verbandstag in Weimar 1919 mußte er erklären, daß ihm seines vorgeschriebenen Alters wegen die Fortführung des Amtes zu schwer falle. Außerdem war er von der Ortskrankenkasse der Maurer Berlins dazu gedrängt worden, die Leitung eines Genesungsheims dieser Kasse, Luisenbad b. Polzin, zu übernehmen. Sein Nachfolger wurde der heute noch amtierende Kollege Otto Hanke.

Zum Ausschussvorsitzenden einer Gewerkschaft war keiner mehr geeignet als gerade August Daehne. Sein schlichter Sinn, sein Streben, stets vermittelnd nach allen Seiten zu wirken und dabei alles Persönliche außer acht zu lassen, hat in den langen Jahren seiner Tätigkeit in guter Weise für die Weiterentwicklung der Organisation gewirkt. Aber August Daehne war nicht nur Ausschussvorsitzender des Maurer- und des Bauarbeiterverbandes; er war auch lange Jahre der Vorsitzende der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin und seit 1893 nichtständiges stellvertretendes Mitglied des Reichsversicherungsamtes, für seine Arbeitsbrüder und Arbeitsschweltern als Richter in der Sozialversicherung tätig. Auch sonst hat er in der Gewerkschaftsbewegung und nicht zuletzt als Parteimensch jederzeit seine volle Pflicht und Schindigkeit getan. Ueberall vollbrachte er in der ihm eigenen stillen aber doch regamen Art erfolgreiche praktische Arbeit.

Nun ist unser August Daehne von uns geschieden. Ein braver, wackerer, sturmerprobter Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung, ist nicht mehr. Wir stehen trauernd an seiner Bahre. Sein Andenken wird uns stets heilig sein. Ruhe sanft, wackerer Kampfgenosse! Der jüngeren Generation aber sei August Daehne ein Vorbild getreuester uneigennützigster Tätigkeit für die Ziele der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung!

Christliche Spaltspitze auf dem Heuberg.

Der Zentralverband Christlicher Bauarbeiter Bezirk Südwestdeutschland hatte in stiller und geheimnisvoller Weise einen Generalkonvent auf die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft, besonders die Bauarbeiter, vorbereitet. Da aber unsere Mitglieder etwas schneller sind als die unorganisierten Zettelverteiler des Christlichen Bauarbeiterverbandes, bejucheten auch die Mitglieder unseres Bundes die von den Christen zum 18. und 19. Januar einberufenen zwölf Versammlungen. Die Christen glaubten, nachdem sie sich zehn volle Jahre um die Belange der Heuberg Bauarbeiter nicht im geringsten gekümmert, nunmehr den Zeitpunkt gekommen, den Rahm abzuschöpfen. Zu diesem Zwecke sandten sie einen Stab christlicher Gewerkschaftssekretäre von Freiburg, Karlsruhe und Saarbrücken unter Führung des Bezirksleiters und Zentrumsabgeordneten Heurich nach dem Heuberg. Damit die Sache auch den nötigen Druck bekäme, mußten sich sogar Geistlichkeit und Schulheißer zur Verfügung stellen. Die Versammlungen waren fast ausnahmslos gut besucht, aber nicht von Mitgliedern der christlichen Organisation, deren es in dieser Gegend keine gibt, sondern von den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterbundes und von Leuten, die konfessionellen Arbeiter- oder Turnvereinen angehören. Bauarbeiterversammlungen sollten es sein; der Anhang der Christlichen bestand jedoch nicht aus Bauarbeitern. In einigen Ortschaften hatten es die Mitglieder der christlichen Organisation direkt abgelehnt, diese Versammlungen zu besuchen. Als Vortragsthema stand auf den Einladeseffeln: „Das Ringen (!) des Arbeiterstandes und warum christliche Gewerkschaften“.

Ueber das Ringen des Arbeiterstandes wurde nach einem Konzept gesprochen, dessen Ursprung ebenso gut von einem Vertreter der freien Gewerkschaften stammen könnte. Zum Teil wurde auch recht gut referiert, so daß über den Vortrag selbst nichts zu sagen wäre; leider beweist die Praxis, daß es sich lediglich um Lippenbekennnisse handelte. Man hatte sich auch in diesem Falle getreu dem Drehscheibengrundsatz: „Einmal hin, einmal her, rundherum das ist nicht schwer“ eingerichtet. Das Ringen und die Aufklärung überläßt man den anderen und bleibt hübsch zehn Jahre lang vom Kampffeld der „Ringer“-Tätigkeit weg, um nachher mit Hilfe anderer Leute zum Zuge zu kommen. Das wurde den christlichen Referenten mit aller Deutlichkeit gesagt. Allerdings entschuldigte der Bezirksleiter

Heurich sich damit, die Arbeiter hätten ihn nicht gerufen. Wir sind allerdings der unmaßgeblichen Meinung, daß Arbeiterführer, die erst dann erscheinen, wenn sie gerufen werden, ihre Aufgabe nicht allzu ernst nehmen, zumal die letzten 10 Jahre zu den wichtigsten und kampfreichsten in unserer Bewegung gehört haben. In der Versammlung in Schürzingen erklärte Heurich, die Christlichen seien nur deshalb auf den Heuberg gekommen, weil sie „höherem Ortes“ Vorwürfe erhalten hätten. Ein solcher Wink mit dem Zaunpfahl ist allerdings verständlich und man erfährt dann auch von den meisten Referenten der Christlichen, sie hätten an der Tätigkeit des Deutschen Bauarbeiterbundes nichts auszusetzen, aber die freien Gewerkschaften seien sozialdemokratisch, und die Sozialdemokraten seien Gegner der Kirche und der Religion. Das ist das alte abgeleierte Lied, das wir schon Jahrzehnte hören und schließlich auch bei Schwachen im Geiste Eindruck zu machen geeignet ist. Und diese Schlagworte erhalten ihre besondere Beleuchtung noch dadurch, daß die christlichen Referenten im gleichen Atemzuge als Hauptziel die „Einigkeit“ hinstellten. Das verstehe wer will! Selbst ein Zentrumslehrer betonte, er verstehe es nicht, daß man unter solchen Umständen gegen den Deutschen Bauarbeiterbund zu Felde ziehe, der Bund hätte sehr viel getan, nicht allein für die Bauarbeiter, sondern auch für die übrige Bevölkerung des Heubergs.

Auch der Schulheiß in Schürzingen und der Geistliche von Weilingen erkannten die Güte des Deutschen Bauarbeiterbundes unumwunden an und dankten öffentlich. Es drehte sich also in diesen Versammlungen lediglich darum, für das Zentrum eine Lanze zu brechen, indem man die christliche Organisation in den Vordergrund hob und die freien Gewerkschaften in Mißkredit zu bringen suchte. Zu diesem Zwecke wurden Bruchstücke aus Reden und Schriften sozialistischer Denker und Führer in entstellter Art wiedergegeben; jedoch nur die zum Beifall kommandierte blinde Notte der Christlichen fiel auf diesen Trick herein, die Bauarbeiter schafften sich davon keine Notiz. Herr Schulheiß Schürzingen stellte sogar die Verschmelzung des Monistenbundes mit den freien Gewerkschaften fest, ohne sich irgendwelche Gewissensbisse zu machen und obwohl sein Seelforger anwesend war, der ihn eigentlich hätte zur Ordnung rufen müssen wegen Verstoßes gegen das göttliche Gebot: Du sollst nicht lügen. Als Schulheiß einer Bauarbeitergemeinde raten vor Herrn Schögle dringend, trotz seines sich selbst ausgestellten Lobes, von Dingen die Finger zu lassen, von denen er nichts versteht und die in seiner Gemeinde nur Zwistigkeiten hervorrufen können.

Die Versammlungen ergaben das „glänzende“ Resultat, daß die Christlichen keine Mitglieder gewonnen und auch keine verloren haben. Dabei wäre allerdings die Einschränkung zu machen, daß man Mitglieder nicht verlieren kann, wenn man keine hat. Das Ergebnis zeigt aber auch, daß trotz Hilfe von allen Seiten und trotz Hilfe von der Geistlichkeit nicht gerüttelt werden kann an dem Gedanken der freien Gewerkschaften. Die immer wieder vorgebrachte Schauermaße, die freien Gewerkschaften beständen aus Sozialdemokraten und seien kirchen- und religionsfeindlich gesinnt, findet so recht keinen Anklang mehr. Auch das Verhalten der Einberufer der Versammlungen war das Gegenteil von dem, was man unter „Ringern und Kämpfen“ versteht, denn wenn man darüber große Töne anschlägt vor einer Menge von Bauarbeitern und dann vor der Aussprache das Hasenpanier ergreift, so spricht das nicht von besonderem Mut. So handelte nämlich der christliche Angestellte Franz Dressele, der in Neufra sprechen sollte; er ergriff beim Erscheinen des Kollegen Rektor vom Deutschen Bauarbeiterbund die Flucht und ließ durch einen Spindermann die Versammlung ablagern. In Eggenheim sprach der christliche Angestellte Schürzinger unter Assistenz zweier Geistlicher. Als Kollege Rosenfeldt von Tüfelingen erschien, beendete der christliche Redner in einigen Sekunden seinen Vortrag. Eine Aussprache wurde vermieden. In Weilingen gewährte man dem Kollegen Rosenfeldt nur 5 Minuten Redezeit. In Weilingen wurde ihm überhaupt das Wort verweigert, so daß es zu tumultartigen Protesten kam und der von Saarbrücken gekommene Referent schleunigst verschwand, ohne die Versammlung zu schließen. Bemerkenswert ist, daß in den Versammlungen außer den christlichen Referenten sprachen, und zwar zugunsten der christlichen Gewerkschaften Schulheiß Weggenger, Schulheiß Schögle und der Geistliche von Weilingen. Entgegen traten den Referenten von unserer Seite die Kollegen Buckel, Bender, Taubenberger, Remler, Rektor, Rosenfeldt Reizbeck, Jakob Bayer, Leibold und Fritz Weiß. Der ganze Verlauf der Versammlungen bewies, daß sie politischen Ursprungs und vom Zentrum befohlen waren.

Unser Bauarbeiterbund ist politisch und religiös neutral. Jeder kann bei ihm Mitglied sein ohne Anschauung seines politischen oder religiösen Glaubensbekenntnisses. Es ist aber selbstverständlich, daß er jener Partei, die die Belange der Arbeiterschaft und damit auch der Bauarbeiterschaft energisch vertritt, sympathisch gegenübersteht. Der Deutsche Bauarbeiterbund kann und darf im Interesse seiner Zwecke und Ziele nicht mit politischen Parteien liebäugeln, die die Gewerkschaften in jeder Weise in den Kot ziehen, oder die — wie in diesem Falle — der Gewerkschaftsbewegung nur in flauer Weise und gezwungenermaßen einige Sympathie entgegenbringen. Das ist unser ehrliches Bekenntnis, alles andere wäre Heuchelei. Ganz gewiß gibt es im Deutschen Bauarbeiterbund viele Sozialdemokraten; es gibt aber auch in ihm Kommunisten und Anhänger anderer Parteien, die sich im Bauarbeiterbund recht wohlfühlen. Gibt es denn auch christliche Unternehmervereine? Nein! Wenn es gilt, die Arbeiterschaft zu bekämpfen, seien es Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Zentrumsanhänger, Katholiken, Protestanten, Juden oder Heiden — in der Bekämpfung der Arbeiterschaft ist sich das Unternehmertum stets vollständig einig. Im übrigen beweisen die letzten Wahlen, daß es in den Heubergorten außer den Zentrumsanhängern auch politisch Andersdenkende gibt. Vor allem sind dabei stakfliche Stimmzahlen auf die Sozialdemokratie vereinigt worden, obwohl die Arbeiter in diesen Gegenden fast restlos zur Kirche gehen. Es gibt also auf dem Heuberg nicht allein religiöse Christen, sondern auch religiöse Sozialisten und sogar religiöse Kommunisten. Auch auf dem Heuberg dürfte der Dornröschenschlaf der Arbeiterschaft bald beendet sein und mancher Heubergler dürfte in der Zukunft eine andere politische Gesinnung bekommen, die nicht nach dem Wunsche der Hinter- und Vordermänner der christlichen Organisationen ist. Und weil

man dies ahnt, deshalb der in diesem Falle verpuffte Generalangriff auf den Heuberg. Unter der Führung des Deutschen Bauernbundes wird die Bauarbeiterschaft des Heuberges bei Wahrung der politischen und religiösen Neutralität jene Stufe in der menschlichen Gesellschaft miterkämpfen, die die Gleichberechtigung aller Menschen bringt. Der Deutsche Bauernbund wird seine Pflicht in Zukunft mit noch größerem Eifer, mit noch größerer Freude und Liebe erfüllen, zum Wohle der Bauarbeiterschaft und damit auch zum Wohle der Bevölkerung des Heuberges!

Auswirkungen der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung in den ländlichen Gebieten.

Schwere Kämpfe mußten im vergangenen Jahre um die Arbeitslosenversicherung ausgefochten werden. Gewerkschaften und Sozialdemokraten waren sich klar darüber, daß der einzig wirksame und gangbare Weg zur Überwindung der Finanznot eine einprozentige Beitragserhöhung ist. In Kürze wird sich auch zeigen, daß es ohne diese Erhöhung überhaupt keinen Weg gibt, der zur Gesundung führt. In erster Linie wollten unsere Gegner die Saisonarbeiter treffen. Anfänglich sollten sie gänzlich ausgeschlossen werden, was den Scharmachern denn auch teilweise bei den Arbeitern mit Landbesitz gelungen ist. Nebenbei bemerkt gibt es auf dem Lande fast nur Saisonarbeiter, wenigstens ist dies in der Eifel und allen ländlichen Gegenden ohne Industrie der Fall. — Als die Neuregelungen bekanntgemacht wurden, war man anfangs nicht so sehr enttäuscht. Auf den ersten Augenblick sah die Sache einigermaßen annehmbar aus. Was auf der einen Seite verlorengegangen war, schien auf der anderen wieder gewonnen; zum Beispiel durch die Verringerung in der Wartezeit. Aber die Bemessung der Unterstützung derer, die ihren Beruf ausüben müssen, ist schon etwas heikler. Vielleicht wäre auch das noch zu verstehen, wenn etwa ein Hilfsarbeiter, der während des Sommers in der Großstadt gearbeitet hat, und nun als Arbeitsloser zurückkehrt, in seiner Heimat mehr Unterstützung bezieht, als ein in der Heimat beschäftigt gewesener Facharbeiter an Lohn erhalten würde. In diesem Zustand würde der Unorganisierte auf dem Lande selber Schuld tragen. Er soll sich gewerkschaftlich organisieren, damit er zu einem höheren Tariflohn kommt. In den Bestimmungen heißt es, daß die Bedürftigkeit nicht mehr geprüft wird. Anfangs war man erfreut über diese Bestimmung; aber die Wirklichkeit sieht anders aus, und überall gibt es nun enttäuschte Gesichter. Die Bedürftigkeit wird zwar nicht geprüft; das ist auch überflüssig geworden durch den berühmten Paragraphen 89a. Nach ihm ist nicht jeder Arbeitslose erwerbslos. Der Paragraph 89a soll der Reichsanstalt Millionen ersparen. Aber man freue sich nicht zu früh, denn es könnte sein, daß das Ersparnis durch umfangreichere Verwaltung wieder aufgezehrt wird. Die vielen Einsprüche bei den Spruchauschüssen der Arbeitsämter deuten dies schon an. Werden doch — wenig gerechnet — etwa 80 % sämtlicher Antragsteller in den ländlichen Gebieten, von diesem § 89a betroffen. Oder sollte das nur im Bezirk des Arbeitsamtes Trier und seinen Nebenstellen der Fall sein? Was die Einsprüche an Mehrarbeit bringen, ist leicht zu errechnen, und Einspruch werden alle Betroffenen erheben. Dabei wird es sich am besten feststellen lassen, was für ein Urding von Paragraphen man geschaffen hat. — Die Richtlinien, nach denen man jetzt verfährt, sind ungerecht. Die Folge ist, daß die Wohlfahrtsämter und die Kommunen noch mehr als bisher belastet werden. In den Landgemeinden sieht es mit der Wohlfahrtspflege noch recht trübe aus. Die Vertreter in den Ausschüssen gehören in der Mehrzahl der bäuerlichen Klasse an. Bei Bewilligung von Mitteln stehen sie recht verständnislos den Verhältnissen gegenüber. Außerdem herrscht noch das Güntlingsystem. Der Antragsteller muß mit dem Gemeindevorsteher, Bürgermeister oder Pfarrer auf gutem Fuß stehen. Ist dies nicht der Fall, so kann es ihm oft elend gehen, es sei denn, daß er selbst die Ellenbogen zu gebrauchen versteht.

Einige Beispiele wie das Arbeitsamt Trier den § 89a ausführt: Ein Steinbrecher, 35 Jahre alt, verheiratet, Frau und 5 Kinder, ohne eigene Wohnung oder Hausrat, wohnt bei seinen Schwiegereltern, die selbst über 60 Jahre alt sind. Diese haben eine Kuh, 5 bis 6 Morgen Land, die Hälfte davon ist Weidland oder Steinhalde. Deswegen erhält der Steinbrecher nur 2 Tage Unterstützung. — Ein Bauarbeiter, 40 Jahre alt, hat Quittungskarte Nr. 20, fünf Jahre als Soldat gehen ab, hat sich vor dem Kriege einige Morgen Land erworben, später noch etwas hinzu geerbt, besitzt jetzt 10 Morgen, wird abgewiesen, „weil er von seiner Landwirtschaft leben kann“. Daß dies nicht der Fall sein kann, ist schon dadurch bewiesen, daß der Kollege Quittungskarte Nr. 20 hat. — Diese Beispiele ließen sich hier verbundertfachen. Bei den Berechnungen wird in der Eifel und im Hunsrück der Ertrag des Ackerlandes zu hoch geschätzt! In der Umgegend von Köln, beispielsweise im Vorgebirge, vielleicht auch in unmittelbarer Nähe Trier, so in Euren, wo erstklassiges Ackerland ist, mögen die Richtlinien halbwegs zutreffen. In den Ablehnungsbescheiden heißt es etwa: „Da Sie einen Grundbesitz von 8 Morgen Ackerland haben, benötigen Sie dazu pro Woche 4 Tage, daselbe zu bewirtschaften, daher kann Ihnen nur für 2 Tage die Unterstützung gewährt werden! — Das ist zu bürokratisch und entspricht auch nicht den Tatsachen. Der beste Beweis wäre schon der Stundenzettel. Also die Richtlinien sind faul. Und wenn sogar Bauernvereine und Landwirtschaftskammern als Sachverständige mitgeholfen haben, dann sind sie um ihre Sachkenntnis nicht zu beneiden. Gegen die Ungerechtigkeit muß etwas geschehen. Vor allem müssen die Arbeitsämter etwas weitherziger sein und nicht so am Buchstaben kleben. Auch die in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinden sollten sich mit mehr Energie dagegen wehren, daß alle Lasten auf sie geschoben werden. Wenn Partei und Gewerkschaften diese ungerechten Bestimmungen wieder ändern oder mildern sollen, dann bedarf es dazu der Mithilfe der Betroffenen, der ländlichen Arbeiterschaft. Sie muß aufwachen aus ihrem Winterschlaf und sich zusammenschließen in den freien Gewerkschaften und Hand in Hand mit den Industriekollegen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen. Mögen auch die Arbeiter in den ländlichen Gebieten begreifen, daß nur durch Einigkeit Erfolg zu erzielen ist. Mathias Kubari-Conrad, Pflippseim.

In allen Betrieben nur freigewerkschaftliche Betriebsräte!

Einem Aufruf der Vorstände des ADGB und des AFl-Bundes entnehmen wir: Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen — nicht die der Bau-delegierten! — läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1930 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1930 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des AFl-Bundes in den Monaten Februar bis März 1930 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen, und die Belegschaften, die gegenwärtig keine Betriebsvertretung besitzen, ihre Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Sie haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichtes zu beantragen. Die Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1929 gewählt worden sind, brauchen jetzt keine Neuwahl durchzuführen. Ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie die im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Zu den Gegnern der deutschen Arbeiterklasse rechnen wir nicht nur die Unternehmer, sondern auch die sogenannten vaterländischen Werkvereiner, insbesondere auch die Kommunisten sowie vor allem die Unorganisierten. Diese sämtlichen Gegner der organisierten deutschen Arbeiterbewegung sind auch gegenwärtig wieder am Werke, die organisierte Macht der deutschen Arbeiterklasse möglichst zu hemmen oder lahmzulegen. Trotzdem sind durch die Stärke der deutschen Gewerkschaften die Betriebsräte zu einem mächtigen Arm der Gewerkschaftsbewegung geworden. Die Auffassung, zu der sich der Leipziger Gewerkschaftskongress bekannt hat: „Gewerkschaften und Betriebsräte sind eins“, ist zur Tatsache geworden. Niemand mag es infolgedessen heute noch, die selbstverständliche Notwendigkeit der Betriebsvertretungen

anzuzweifeln. Gerade weil die Betriebsräte ein so wichtiger Teil der organisierten deutschen Arbeiterbewegung geworden sind, versuchen es Werkvereiner und Kommunisten, sich dieser Positionen zu bemächtigen. Das ist ihnen bisher nicht gelungen und das wird ihnen auch in Zukunft nicht gelingen. Der organisierte Arbeiter weiß genau, daß er ohne starke Gewerkschaften der Willkür aller Gegner preisgegeben wäre. Aus diesem Grunde ist die Parole für die Betriebsräte neuwahlen im Jubiläumsjahr 1930:

Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB und des AFl-Bundes. Die Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören, oder wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem AFl-Bund angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebbarkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des AFl-Bundes anzustreben. Wahllokale mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB oder dem AFl-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen, Gewerkschaftskolleginnen! Begeht das zehnjährige Jubiläum des schwer errungenen Mitbestimmungsrechtes im Betriebe dadurch, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

Auf zu den Betriebsräte wahlen 1930!

Wir fordern Krisenunterstützung!

Der Reichstag hat das Wort.

Am 31. Januar haben die Vertreter der bauerlichen Arbeiterorganisationen beim Reichsarbeitsminister die Eingabe, betreffend die Forderung von Krisenunterstützung für Bauarbeiter, mündlich begründet. Unsere Vertreter wiesen dabei insbesondere auf die trotz des immer noch herrschenden milden Bauwetters, das jede Bauarbeit zuläßt, ständig anhaltende Steigerung der Arbeitslosenzahl hin. Der gegenwärtige Winter sei der beste Beweis dafür, daß man bei der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter nicht von einer berufsüblichen, sondern nur von einer konjunkturellen reden könne. Trotz des milden Winters sei das Jahr 1929/30 für die Bauarbeiterschaft ein Rekordjahr der Arbeitslosigkeit. Nachdem unsere Vertreter eingehend die Arbeitslosigkeit in unserem Bund dargestellt hatten, wurde noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Wohlfahrtsämter, an die unsere Kollegen verwiesen werden müssen, keine Mittel haben, um ausreichende Unterstützung zu gewähren. Und da in den Nachkriegsjahren für die Bauarbeiterschaft die vor dem Kriege vorhandenen Möglichkeiten sogenannter Füllarbeiten weggefallen sind, da außerdem der Umfang der Notstandsarbeiten ganz geringfügig sei, wachse sich die Arbeitslosigkeit immer katastrophaler aus. Die Notstandsarbeiten spielen dabei eine ganz besondere Rolle, denn die wenigsten der bei diesen Arbeiten Beschäftigten seien Bauarbeiter; es sind fast restlos langfristig arbeitslose Industriearbeiter, die von den Arbeitsämtern auf ihren Arbeitswillen geprüft werden sollen. So werden die Bauarbeiter von ihrer Berufsarbeit planmäßig ausgeschlossen! Aber auch die Ausführung von Notstandsarbeiten komme immer mehr in Gefahr, zumal vielfach die Städte nicht die Beträge aufbringen können, die sie bei Notstandsarbeiten als Anteil zu den Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu tragen haben. Das erfolgreichste Mittel zur Beseitigung der Notstände sei allein Arbeitsbeschaffung. Aber dem stehe bisher die falsche Politik der Beratungsstelle und des Reichsbankpräsidenten entgegen. Jedem Arbeitslosen muß ein sozialer Mindestbedarf sichergestellt werden. Grundsätzlich müssen alle Berufsgruppen zur Krisenunterstützung zugelassen und auch die Jugendlichen unter 21 Jahren einbezogen werden. Außerdem müßten die Präsidenten der Landesarbeitsämter Ermächtigung erhalten, entsprechend den örtlichen und bezirklichen Verhältnissen Ausnahmen zuzulassen. Unsere Forderungen wurden von den Genossen A. H. Hüfner und Dr. Broecker vom ADGB wirkungsvoll unterstützt.

Der Reichsarbeitsminister erkannte die Berechtigung der Forderungen an und wies auf die schlechte finanzielle Lage hin, auf die er als Arbeitsminister aber keinen Einfluß habe. Der Kapitalmarkt sei schlecht, Hunderte von Millionen an Zwischenkrediten seien eingefroren, dazu käme noch eine starke Kapitalflucht ins Ausland. Er habe leider keine Mittel, um die Notstandsarbeiten zu fördern. Die Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge seien ihm abgedrosselt worden. 1927 standen noch 118 Mill. M zur Verfügung, 1928 konnte er für diesen Zweck noch 125 Mill. M ausgeben, aber im laufenden Etat ständen ihm nur 50 Mill. M zur Verfügung; und ob er aus dem Nachtragsetat noch etwas frei machen könne, sei ungewiß. Heute seien in seinem Etat keine Mittel für die Erweiterung der Krisenfürsorge vorhanden. Es gäbe 237 000 Krisenunterstützungsempfänger und die Arbeitslosenversicherung erfordere bis zum 1. April mindestens einen Zuschuß von 370 Millionen.

Die Aussprache hat also keinen materiellen Erfolg bringen können, sondern lediglich einen ideellen. Der Reichsarbeitsminister ist bereit, im Rahmen des für ihn möglichen alles zu tun, um die Not so gut als irgendmöglich zu beheben. — Mit dieser Feststellung können wir uns nicht

zufrieden geben. Vom guten Willen wird kein Mensch satt. In Deutschland gibt es augenblicklich hunderttausende Menschen die ohne Arbeit und viele Tausende, die ohne Unterstützung sind. Die Not ist erschreckend groß, aus allen Landesteilen kommen täglich an unseren Bundesvorstand Verzweiflungsrufe. Es muß Mittel und Wege geben, jedem Volksgenossen auch bei Arbeitslosigkeit einen sozialen Mindestanspruch an Lebensbedürfnissen zu sichern. Hat das Reichsarbeitsministerium keine Mittel mehr zur Verfügung, dann muß die Gesetzgebung eingreifen. Der Reichsarbeitsminister ist an seinen Etat gebunden und kann über ihn nicht hinaus, da ihm einfach die Mittel dazu fehlen. Diese Mittel müssen beschafft werden. Nun hat der Reichstag das Wort! — Unser Bundesvorstand hat bereits Schritte nach dieser Richtung unternommen.

Auswirkungen des § 89a des ADGB.

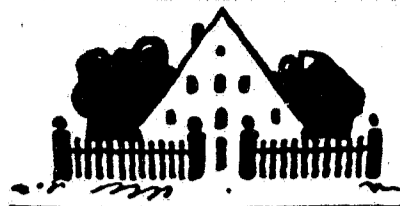
Durch die Reform der Arbeitslosenversicherungsgesetze (ADVG) haben sich die Sparmaßnahmen entsprechend §§ 89a und 107c gerade bei den Bauarbeitern mit aller Schärfe ausgewirkt. Die Richtlinien, die bei einigen Arbeitsämtern Oberhessens gelten, entsprechen in keiner Weise den sozialen Absichten, die das Gesetz erfüllen soll. Wenn es auch verständlich erscheinen könnte, daß man einmal einen Trennungsfrieden zwischen „Besitzenden“ und Nichtbesitzenden macht, so soll man aber nicht Arbeiter dafür bestrafen, daß sie lange auswärts gearbeitet haben und nun ihnen — zu ihren Eltern zurückgekehrt — die Arbeitslosenunterstützung entzieht, weil die Eltern angeblich einige Morgen Acker besitzen.

Ein kleines Beispiel dürfte genügen, um zu zeigen, daß diese ungerechtfertigte Maßnahme völlig unangebracht ist. Der Maurer M. hatte während des ganzen Jahres in Düsseldorf gearbeitet. Nun kehrt er zu seinen Eltern zurück, weil er in Düsseldorf keine Arbeitsmöglichkeit mehr hat und beantragt Zahlung von Arbeitslosenunterstützung. Er wird aber abgewiesen, weil die Eltern 5 Morgen Land als Eigentum und 4 Morgen Pachtacker haben; also ist nach den Richtlinien des Arbeitsamtes die Grenze überschritten, wo der Arbeitslose Anspruch auf Unterstützung hat. Nun sollen die Eltern verpflichtet sein, den Sohn, der sie im Sommer über noch unterstützt hat, zu unterhalten. Die Eltern sind also verurteilt, ihre Söhne, die sonst ihren Unterhalt selbst bestreiten müssen, dies aber zurzeit nicht können, weil in der Wirtschaft keine Arbeitsmöglichkeit ist, bis ins hohe Alter zu ernähren, sofern sie sich nicht einen eigenen Haushalt gründen.

Wohin wird das führen? Alle die, die gezwungen sind, außerhalb zu arbeiten, werden künftig nicht mehr nach Hause zurückkehren, sondern sie werden am Arbeitsort bleiben müssen, nur um Unterstützung zu erhalten. Man spart wieder einmal an verkehrter Stelle! Denn dieser Bauarbeiter erhält ja in seinem Arbeitsgebiet einen viel höheren Unterstützungssatz, als in seiner Heimat. Liegt schon eine ganz besondere Härte darin, daß der Arbeiter, der in einem höheren Unterstützungsgebiet gearbeitet hat, weil ihm in seiner Heimat keine Arbeitsmöglichkeit geboten werden konnte, nach § 107c ADVG in eine niedrigere Unterstützungsklasse kommt, so müssen solche Ungerechtigkeiten auf alle Fälle verschwinden!

Streiks u. Lohnbewegungen

Töpfer: Gesperrt sind in Leipzig die Firma Paul Gaubenreifer, Antonienstraße 11, in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Jena die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Burg bei Magdeburg Uhlmann, in Hannover Junge wegen rückständiger Löhne, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl wegen Tarifbruchs, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.



Unterhaltung und Wissen



„Ja, früher . . .“

Von Paul Haase.

So schloß der Neue stets seine Rede, wenn er in der Kantine ungefragt sein Mundwerk in die Unterhaltung der Verbandskollegen hing und sie zu provozieren trachtete.

„Ein richtiges Ekel,“ sagte der alte Siebert, „dem Achtgroßchenjungen fraue ich nicht. Seht euch vor!“

Es gehörte wenig dazu, sich über das Wesen dieses Querulanten klarzuwerden. Er gab sich recht oft giftschäumend wie der blutrünstigste, auf Terror eingeschworene Radikalinski. Die Gewerkschaften samt ihren „Bonzen“ hatte er besonders in sein Herz geschlossen. Mit seinem „ja, früher“ warb er jetzt für die „Nationalsozialisten“ mit einem Geschick wie ein Nilpferd, das Weilchen pflücken möchte. Er war die „Zelle“ zur Durchsetzung der freien Gewerkschaften.

„Solche Burschen kann man nicht bekehren, die ladet man auf die Hippe,“ meinte wiederholt Siebert.

Am nächsten Tage lästerte der Gelbe wieder. „Ja, früher, da durfte der Leistungsfähige noch etwas verdienen, jetzt verbietet das der Gewerkschaftsbonze. Früher blieb neben dem Saffessen noch ein Spargroschen, heute frißt ihn der Staat weg. Früher . . .“

Darauf hatte der alte Siebert gelauert. Vorn wäre er dem Gesellen über das lose Maul gefahren, aber er beherrschte sich und meinte: „Du hast recht. Früher war das anders. Ich brauche bloß an meine Jugend zu denken. Wir hatten immer im Ueberfluß zu essen. Im Winter öffnete mein Vater das Kellerfenster, bräute einen Kohlkopf auf und warf ihn in den Keller. Am nächsten Tage ging er mit einem Holzschiefel in den Keller und schlug die Hasen,“



Wenn wir Wild nicht mehr mochten, holte mein Vater Geflügel.

die dem Kohlgeruch nachgelaufen und dabei in unseren Keller gepurzelt waren, hinter die Löffel. Zwei bis drei Hasen hatten wir jeden Sonntag in der Pfanne. Das war früher so.“

„Hier riecht es auch nach gebrähtem Kohl,“ bemerkte Mar.

Siebert fuhr unbeirrt fort: „Wenn wir Wild nicht mehr mochten, holte mein Vater Geflügel. Er ging auf verschneite Felder, wo Bäume standen und wartete, bis sich die Krähen darauf niedergelassen hatten. Dann nahm er ein Stück Zucker, spuckte darauf und ließ damit langsam um den Baum herum. Die Krähen folgten jeder Bewegung durch Drehen des Kopfes. War mein Vater um den Baum herum, dann fielen die Krähen tot herab; sie hatten sich selbst den Hals abgedreht. Er lud seinen Sack voll und wir hatten wochenlang unser Geflügel im Topf. Krähen schmecken wie junge Tauben. Das war früher eine Kleinigkeit. — Und hatten wir genug am Geflügel, dann holte mein Vater Fische. Er ging an den Teich, zog die Hose herunter und setzte sich mit dem nackten Hintern auf den Schlammgrund. Augenblicklich kamen die wärmehuchenden Schleie und schmiegten sich an das warme, weißschimmernde Fleisch. Mein Vater griff dann behutsam an den Weinen entlang und wenn er eine gefaßt, warf er sie in weitem Bogen an das Land, wo ich stand und zu tun hatte, die Schleie einzufacken. Monatslang hatten wir Schleie und wir Kinder mochten schon gar nicht mehr gern Schleie blau essen. So ging es uns auch mit Aalen. Alle Tage Aale kann der gesundeste Mensch nicht vertragen. Es war unglaublich, wieviel Aale mein Vater immer heranschleppte. Abends ließ er in die Teichwiesen und streute grüne Erbsen. Am nächsten Morgen kroch er dann auf dem Bauche am Ufer längs und suchte die Schleimspuren, die der Aal zieht, wenn er an Land geht und auf denen er wieder zurückkrücht. Hatte der Vater eine Spur, so bestreute er sie meterweit mit trockenem Sand, damit der Bursche nicht zurückkrüchen konnte. Hatte er ihn dann gefunden, brach er ihm mit einem Stockschlag das Kreuz, und rin in den Rucksack! 20 bis 30 Stück, 2 bis 3 Pfund schwer, brachte er allsonntäglich heim. Ja, ja, früher war eben noch was zu machen . . .“

Siebert schwieg und nahm einen tiefen Zug aus seiner Kaffeeflasche. Die Kollegen schmunzelten. „Warum kann das heute nicht mehr sein?“ pläzte da der Gelbe heraus. Er könne nicht einsehen, warum in der Republik nicht genau so gewildert werden dürfte wie unter der Monarchie. Jetzt erscheine das Stehlen doch viel leichter. „Du Dämelsack, du großartiger,“ sagte Siebert bedächtig, „heute rennt doch kein Hase mehr um ein bißchen Kohl in

den Keller. Auch die Krähe guckt sich wegen eines Stückchens Zucker nicht mehr um. Dem Schlei fällt es gar nicht mehr ein, wegen etwas Wärme das Leben aufs Spiel zu setzen, und der Aal rückt schon lange nicht mehr um ein paar grüne Erbsen aufs Land. Die sind eben auch in der Republik unbescheiden geworden. Nur ihr zweibeinige Hammel seid so dufflich wie eure Vorfahren geblieben!“ „Prost!“ machte dann Siebert und zog nochmals fest an seinem Buddel.

Seitdem hatten die Kollegen vor der „Zelle“ Ruhe. . .

Das Gesicht der herrschenden Klasse.

In einer Zeit schwerer allgemeiner Arbeitslosigkeit in fast allen Berufen und damit gesteigerten Massenelends, das Millionen von Volksgenossen zu Hunger und Not verurteilt, in der hunderttausende Mütter von der Sorge gequält werden, wie sie Milch und Brot für ihre Kinder beschaffen, sinnen nicht nur die „Modedesigner“ darüber nach, wie sie die Sorgen der „Dame“ vom Morgen bis in die Nacht fernhalten, sondern die Repräsentanten der Vergnügungsindustrie zerbrechen sich gleichzeitig auch ihre ohnehin schon zermarterten Köpfe, um den Hintergrund zu schaffen, der die neuesten Modelle und ihre Trägerinnen wirkungsvoll zur Geltung kommen läßt.

Täglich beobachten wir die mannigfaltigen Spielarten der Modelaunen bei den verschiedensten Anlässen, kennen die Opfer, die gebracht werden, die sozusagen schon zur Alltätigkeit „dieser schönsten aller Welten“ — wie die Bourgeoisie so gern ihr Zeitalter bezeichnet — gehören.

Dennoch verdient der neueste Einfall dieser Kreise als Zeitdokument festgehalten zu werden.

Vor einem Café des Westens am Kurfürstendamm in Berlin drückt mir der Portier eine Karte mit folgendem Ausdruck in die Hand:

Unsere verehrten Hundefreunde teilen wir höflichst mit, daß am . . . nachmittags 4 1/2 Uhr, ein Tee

„Die Dame und ihr Hund“

stattfindet.

Vorführungen von Kaffeehunden: Hundesporthaus S. Wir erwarten Sie mit Ihrem Hund.

Mit vorzüglicher Hochachtung (folgt Name des Cafés).

In der oberen Etage: Geddeck 2 A, incl. Hundegeddeck.

Tischbestellung: (folgt Telephonnummer).

Das dies kein dummer Scherz, sondern Wirklichkeit war, wurde durch einige Plakate vor dem Lokal illustriert.

Neugierig, welche Zugkraft diese neueste Geschmackslosigkeit ausüben würde, begab ich mich in die „obere Etage“ — und siehe da — der „Hundete“ war bereits in vollem Gange. Die schwülstige Atmosphäre von Parfum, Schminke und Seide, dazu die entsprechende Musik einer „veredelten“ Zigeunerkapelle bildeten das Milieu, in dem sich die ausgerubten Gehirne der Damen von Welt und Halbwelt nebst den dazugehörigen Kavaliern ernsthaft mit der wichtigen Frage beschäftigten, wie man seinem „Liebling“ ein wahrhaft exklusives Hundeleben bereitet. Man bewunderte und ließ bewundern, wobei die mitgebrachten vierbeinigen Spielzeuge die Brücke der Annäherung bildeten.

Boys in Livree verteilten zwischendurch an die die Jazzbandkapelle unterstützenden Kaffeehörer feinverpackte Kekse, die, Kindern gereicht, manch dankbaren Blick hervorgezaubert hätten.

Dieses groteske Schauspiel mußte auf jeden unverbildeten Zuschauer wie ein Hohn auf die Menschheit und wie eine Anklage gegen die Fäulniserscheinungen der bourgeoisen Gesellschaft wirken. Eine Klasse, die außerdem noch vorgibt und für sich in Anspruch nimmt, gebildet zu sein.

Mit Ekel floh ich dieser gastlichen Stätte und dachte darüber nach, daß das Wort „Wir Wilden sind doch bessere Menschen“ eine tiefere Bedeutung hat. Proletens.

Sparmaßnahmen!

Von Sparmaßnahmen schwätzt man seit Jahren; Nun tobt ein höchst lebensgefährliches Sparen. Zunächst hat das Bauen man eingestell. Sehr richtig! Ein Bau kostet nur zwecklos Geld! Natürlich schimpft die erwerbslose Menge, Doch die Wohnungslosen heulen vor Freude! Solch' Sparsystem steht über jeder Kritik! — Du zweifelst? Dann lies die Selbstmordstatistik!

Doch wird mit den Mitteln zum Selbstmord, ihr Lieben, Verantwortungslos Verschwendung getrieben! Man muß diesem Punkt mehr Beachtung schenken — Jeder braucht einen Strick! Gibt das nicht zu denken? Hier stößt man auf weitere Sparmöglichkeiten. Vielleicht wäre folgender Weg zu beschreiten:

Schafft rasch eine Stelle, wo man Stricke auf Stunden Verleiht an selbstmordlüsterne Kunden. Auch Sorge man für ein paar kräftige Wesse Direkt auf dem Friedhof. (Prüft erst, ob sie fest!) Dann kann sich — etwa bei Harmoniumklängen — Ein Kandidat nach dem anderen hängen! So spart man die Ueberführungsgebühren! (Die Stricke sind täglich zu desinfizieren.)

Erfolg dieses Systems? Man kommt zu Gelde! Baut davon dankbaren Sinnes in Wälder 'ne Kirche, wo fromm dann die Witwen und Waisen Dies System und die göttliche Weltordnung preisen! Max Wolmann.

Die Falle.

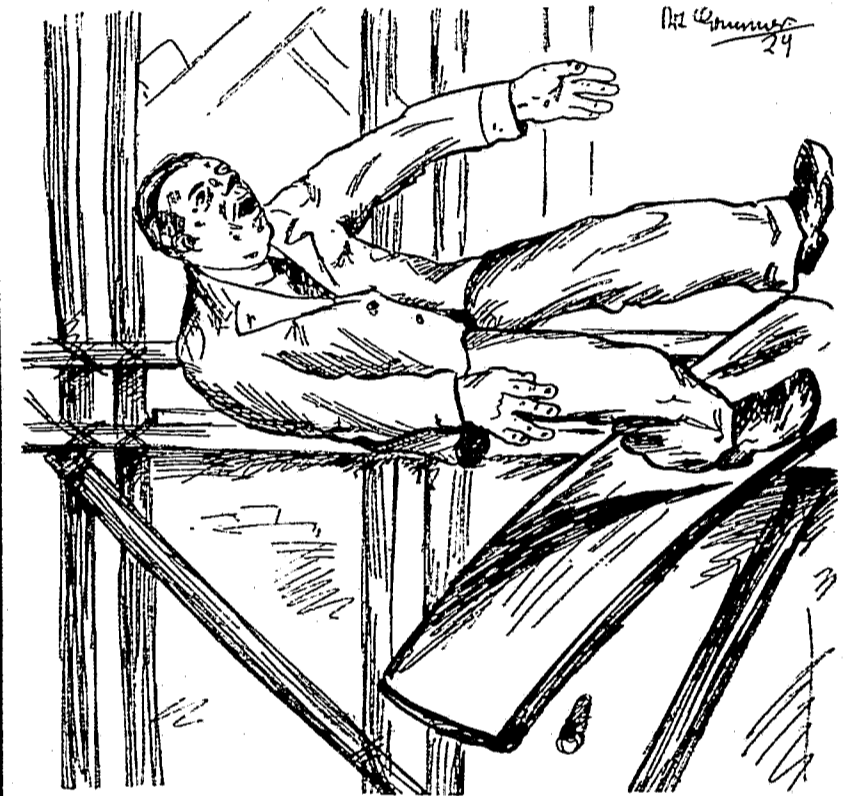
Von Fritz Seifert, Plauen i. V.

„Ist das vielleicht eine Arbeit?“ Diese Worte tönten seit Wochen dem Manne entgegen, der auf dem Gerüst des Neubaus seine Arbeit verfab. Ruhig tat er seine Pflicht, ohne sich nach dem Sprecher umzusehen. Nur in seinen Augen glimmerte dann immer ein unheimlicher Ausdruck.

Paul Martens war ein stiller, ruhiger Mensch; er genoh bei seinen Kollegen berechtigtes Ansehen. Seinen Beruf, den er seit dreißig Jahren ausübte, kannte er bis ins kleinste. Stets arbeitete er gleichmäßig fort. Wenn einmal seine Kameraden die Gelegenheit wahrnahmen, miteinander zu plaudern, wenn der Bauführer nicht anwesend war, so beteiligte er sich nie daran. Dennoch war ihm der Bauführer nicht grün. Falsche Gründe dafür lagen nicht vor. Aber wenn ihn der Bauführer irgendwie schurigeln konnte, so tat er es. Keine Arbeit konnte ihm Martens recht machen. Die Kollegen hänselten ihn deshalb, er aber steckte das mit stillem Lächeln ein. Und machten sie ihn Vorwürfe, so stofferte er einige Worte und wandte sich seiner Arbeit zu.

Vielleicht war es gerade diese Eigenart, die den Bauführer veranlaßte, ihn immer wieder zu quälen. Hätte sich Martens mal dagegen gewehrt, er hätte ihm das vielleicht gar nicht übel genommen. So aber wurden dem Bauführer diese Vorgehen zur Gewohnheit, die schließlich zur Manie ausartete. Er sah geflissentlich die Fehler der anderen nicht und rieb sich an Martens.

In dem gequälten Martens aber keimte ein furchtbarer Haß gegen seinen Peiniger auf. Er fühlte, daß ihn der Bauführer aus der Arbeit drängen wollte. Aber der



Ein furchtbarer Schrei durchgellte den Bau.

fäuschte sich, wenn er glaubte, daß Martens von selber seine Beschäftigung aufgeben würde. Des Gequälten bemächtigte sich nur ein dumpfes Brüten, das nichts Gutes ahnen ließ. Immer mehr trieb ihn jede Faser seines Denkens dazu, einmal Vergeltung zu üben . . .

Der Bau war so weit gediehen, daß nur noch die Giebelseite an das Dach zu mauern war. Diese Arbeit bekam Martens. Daß dies auch eine Schikane war, wußte er. Schwindelnd hoch war das Gerüst angebracht, auf dem er ganz allein seine Arbeit verrichtete. Martens arbeitete. Von unten herauf erklang die Stimme des Bauführers, die dem eifrig Beschäftigten einen starken Widerwillen einflößte; gar bald würde er auch hier herauf kommen und wieder allerlei beanstanden. Am liebsten hätte er diese Arbeitsstelle aufgegeben; aber er hatte Familie. Und die Zeit war zu ungünstig, um sofort wieder neue Arbeit zu bekommen.

Näher tönte die zankende Stimme des Bauführers. Ein unseeliger Enschluß reifte in Martens auf. Haß war bergehoch in ihm aufgespeichert. Das mußte einmal zur Entladung kommen. Und der Enschluß drängte zur Tat. Jetzt war die günstige Gelegenheit.

Ganz allein war er hier oben. Nochmals sah er sich um. Schnell bückte er sich und schob eines der Bretter von der Unterlage weg, so daß eine sogenannte Falle entstand, die den, der darauf trat, unwiderrüchlich in die Tiefe stürzte.

Dann ging er wieder an seine Arbeit. Ob und zu schweifte sein Blick zu dem Brett . . .

Ein furchtbarer Schrei durchgellte den Bau. Die herbeileidenden Arbeiter umstanden den zerschmetterten Körper des Abgestürzten . . .

Mit jener Gleichgültigkeit, die seine Kameraden an Martens schon so oft beobachtet hatten, gab er der Verichtskommission seinen Bericht. Mit steinernem Gesicht betrachtete er den toten Körper des Bauführers.

Unglücksfall. Jeden Tag konnte es vorkommen, daß der oder jener einen verhängnisvollen Fehltritt tat. Wessen mußten alle gewärtig sein. Sie alle standen mitten in einem Leben, das dem Menschen die ihm vom Schicksal bestimmte Last aufbürdet.

Der Alltag ging auch über dieses Ereignis hinweg . . . Nur einer konnte diese Tat nicht vergessen. Sie verfolgte ihn. Auch die Zeit konnte nicht ihre grauen Schleier über sein Inneres decken. Jenes Brett verfolgte ihn Tag und Nacht. Er fühlte, auch sein Leben sei zerstört. Und einige Wochen später erfuhren seine Mitarbeiter, daß Martens freiwillig in den Tod gegangen sei. Und sie wunderten sich, was diesen ruhigen Mann wohl in den Tod getrieben. Hohes Unrecht des einen hatte zwei Menschen aus dem Leben verbannt.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer.

München. In der am 19. Januar abgehaltenen Versammlung gab der Fachgruppenobmann Kollege Wörl einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr. — Die neue Fachgruppenleitung setzt sich zusammen aus den Kollegen Josef Wörl als Obmann, Michael Mayer als Stellvertreter, Leonhard Uhl als Kassierer und Georg Weißhöfer jun. als Schriftführer. Bei den Verhandlungen über den kommenden Reichstarifvertrag für Steinseh-, Pflasterer-, Steinschlag-, Asphalt- und Teerarbeiten wird alles aufgegeben werden, daß auch unsere Interessen gewahrt werden. Einstimmig beschlossen wurde, aller zwei Monate eine Versammlung abzuhalten.

Glaszer.

Stettin. In der Generalversammlung am 25. Januar gab unser Obmann, Kollege Kröger, den Jahresbericht. Nach dem Niedergang in den Jahren 1927/28 bewies die Wiedererfarkung im Jahre 1929, daß durch eine geschlossene Organisation manches erreicht werden kann. Die Löhne wurden in der Spitze um 15%, auf 115 z erhöht. Die Versammlungen sind durch Vorträge interessant gestaltet worden. Unsere Mitgliederzahl ist durch rege Werbetätigkeit von 7 auf 31 gestiegen. Eine Jugendgruppe wurde ins Leben gerufen, die auf den allwöchentlichen Bauabenden fleißig tätig ist. In die Fachgruppenleitung wurde gewählt: Heinrich Kröger als Fachgruppenobmann, Paul Stoppel als Stellvertreter und Paul Henke als Schriftführer. — In die Agitationskommission meldeten sich freiwillig die Kollegen Czochowky, Krause, Streich und Kosky. Zur Generalversammlung unserer Baugewerkschaft wurde ein Antrag auf Neuregelung des Eintrittsgeldes gestellt. Fast sämtliche Kollegen sind arbeitslos. Einige arbeiten verkürzt. Gefordert wird, jegliche Ueberstunden sowie Akkordarbeit zu vermeiden. Werkstätten, in denen länger als 8 Stunden gearbeitet wird, sollen der Luftschutzhilfe gemeldet werden. Als Gesellenauszuschußmitglied feilte Kollege Kröger mit, daß die Glaszerzwangsinnung beschlossen hat, den Lehrlingen für alle drei Lehrjahre 8 M je Woche als sog. Erziehungsbeihilfe zu gewähren. Der Urlaub beträgt im ersten Lehrjahre 6 Tage, im zweiten und dritten 4 Tage. Der Beschluß ist als nicht weitgehend genug vom Gesellenauszuschuß abgelehnt worden. — Angeregt wurde, noch in diesem Jahre einige kleine Festlichkeiten zu veranstalten. Die Versammlung war gut besucht und wurde mit der Mahnung, im kommenden Jahre tüchtig auf dem Posten zu sein, geschlossen.

Isolierer.

Koßbus. Die am 26. Januar abgehaltene Versammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit den Lebensregeln eines „Kollegen“ und beschloß, ihn aus Reichlichkeitsgründen aus unserm Bund auszuscheiden. Da es unsere natürliche Pflicht ist, am Aufbau der Organisation zu arbeiten, bedarf dieser einen Abbau bedeutende Beschluß einer Begründung: Der am 4. Februar 1894 zu Koßbus geborene Isolierer Richard Beständig, ist unter der Buchnummer 210 882 immerhin schon zum dritten Male Mitglied unseres Bundes gewesen. Schon daraus erhellt, daß Beständig seinem Familiennamen eigentlich die Silbe „An“ voransetzen müßte; denn der gewöhnliche Sterbliche bringt es nicht auf eine dritte Mitgliedschaft. Seine Unbeständigkeit brachte es auch mit sich, daß sich die Stettiner Kollegen im Jahre 1929 gezwungen sahen, dem Beständig in einem Orte Mecklenburgs den Weg nach dem Bahnhof zu zeigen, damit er nach Koßbus fahren und sein Mitgliedsbuch zur Stelle schaffen konnte. — Damals versicherte uns Beständig, daß er sich nunmehr grundsätzlich umgewandelt habe. Indessen haben wir das nicht recht wahrnehmen können. Die Wandlungsfähigkeit gegenüber unserm Bund ist aber nur die eine Schattenseite des Richard Beständig. — Die Isolierer üben ihren Beruf im Umherziehen aus. Sie betreiben eine Art Wandergewerbe. In der Fremde aber führt man die Bezeichnung „Monteur“. Das klingt hübsch und erhöht die Kreditfähigkeit. Gerade diesen Umstand aber weiß Richard Beständig in meißerhafter Weise auszunutzen; oft genug zum Schaden seiner Arbeitskollegen, immer aber zum Schaden unseres Bundes. Uns wird aus Göttingen berichtet, daß Richard Beständig dort erst vor ganz kurzer Zeit seinen Logiswirt (einen organisierten Schlosser) mit 38 M und einen mit Flaschenbier usw. handelnden Arbeiter mit mehr als 30 M angeseht hat. Solche Praktiken wirken sich zum Schaden der Organisation aus. Das um so mehr, als Beständig seine Pumptätigkeit — wie in der Versammlung an einigen Beispielen erhärtet wurde — verschiedentlich auch seinen Arbeitskollegen gegenüber in die Praxis umgesetzt hat. Da die Koßbuser Isolierer in der Fremde des öfteren als nicht recht kostbar angesehen wurden, halten sie sich verpflichtet, sich solcher Genflemen zu entledigen. Weil also die Praktiken des Beständig des öfteren nicht nur eine direkte Schädigung seiner Arbeitskollegen oder Dritter, sondern indirekt auch eine moralische Untergrabung der Organisation zur Folge hatten, wurde beschlossen, ihn auf Grund des § 16, Ziff. 2e der Bundesstatuten durch Ausschluß aus dem Bunde zu bestrafen.

Köln. In der am 12. Januar abgehaltenen Versammlung wurde nochmals eingehend zur Frage der Akkordarbeit Stellung genommen und allgemein zum Ausdruck gebracht, daß Akkordarbeit durchaus nicht im Interesse der Kollegen liegt und deshalb abzulehnen sei. Scharfe Kritik wurde an dem Verhalten des Isolierers Mertens geübt, der nicht nur wilde Akkorde abschließt, sondern auch seinen zwölfjährigen Sohn mit Anstreichen und Wasserholen und seine Frau mit Bandagen beschäftigt. Befriedigung löste es aus, als Möllgen darauf hinwies, daß Mertens trotzdem keinen Pfennig Akkordüberschuß erhalten habe. Da Mertens wieder das Beitragszahlen verweigert habe, soll er, falls er sich wieder melden sollte, nicht wieder in unserm Bund aufgenommen werden. Kurstiefer feilte mit, daß auch unser Mitglied Stademann in ähnlicher Weise vorgegangen sei. Stademann soll verwarnt werden. Unser Fachgruppenobmann wies noch darauf hin, daß demnächst unser Reichstarifvertrag ablaufe. Es ist deshalb erforderlich, daß Fachgruppenversammlungen von allen Kollegen besucht werden, da nur dann die Möglichkeit gegeben sei, die Wünsche der Kollegen beim Neuabschluß zu berücksichtigen.

Stukkateure und Putzer.

Olewig. Am 25. Januar hielten die ober-schlesischen Stukkateure in Beuthen ihre Jahresversammlung ab. Kollege Altmann, der den Jahresbericht gab, machte die Kollegen mit den Eingaben bekannt, die wegen der Lehrlingszählerei an die Handwerkskammer gerichtet wurden. Er konnte von einem Erfolg berichten. Ferner streifte der Berichtsfasser kurz die Lohnbewegung des vergangenen Jahres. Die Arbeitslosigkeit ist infolgedessen etwas behoben worden, als von Breslau mehrere Kollegen angefordert wurden. Berufsfremde Kollegen drängten sich bei dem Kino-Neubau in Beuthen an Stuckarbeiten heran. Die Lohnrückerei wurde bald erkannt und von der Verwaltung energische Maßnahmen ergriffen. Wir richten erneut die Bitte an alle Maurer, bei der Ausföhrung von Stuckarbeiten den für dieses Gewerbe geltenden Tarifvertrag unter allen Umständen zu achten. Altmann verlas darauf noch Schreiben, die er wegen der Ausnahme der Stukkateure aus der Sonderfürsorge an einige Arbeitsämter gerichtet hatte. Ein Antrag, den Hauptvorstand zu ersuchen, unermüdet dafür tätig zu sein, daß die Innenstukkateure aus der Sonderfürsorge herausgenommen werden, da die Innenstukkaturarbeit nicht von der Witterung abhängig ist, wurde angenommen.

Löpfer und Fliesenleger.

Provinz Brandenburg. (Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Ofensehertarifs.) Für allgemeinverbindlich erklärt worden gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) der angenommene Schiedsspruch (Lohn- und Akkordvereinbarung) vom 24. September 1929, der Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Lohn- und Akkordtarif vom 15. Juni 1927. Der berufliche Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit erstreckt sich auf Ofenseher in Ofensehbetrieben, die Ofenseh- und Reparaturarbeiten ausführen. Der räumliche Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit ist die Provinz Brandenburg (ausschließlich der Stadtgemeinde Berlin). Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die im vorletzten Absatz des Schiedsspruches in Aussicht genommene Regelung der Fliesenlegerarbeit, die einer besonderen Allgemeinverbindlichkeitsklärung bedarf. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit ist der 1. Dezember 1929. Die allgemeine Verbindlichkeit endet vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister mit dem Tarifvertrag. Die allgemeine Verbindlichkeit der Lohn- und Akkordsätze der Tarifverträge vom 27. Februar 1928 und 2. Oktober 1928 hat geendet. (Reichsarbeitsblatt Nr. 3 1930 Nr. 3261.)

Köln a. Rh. (Fliesenlegerkonferenz.) In der Konferenz der rheinländischen Fliesenleger am 12. Januar waren die Städte Köln, Barmen, Aachen, Düsseldorf, Koblenz, M.-Glabbad und Krefeld vertreten. Bonn war leider unvertreten. Bezirksleiter Kollege Ahrens sprach über das Bedürfnis zu einem Bezirks- und Reichstarifvertrag der Fliesenleger. Er bedauerte, daß einer solchen Notwendigkeit so wenig Verständnis entgegengebracht wird. Im übrigen berichtete er über die Lage auf dem Bauplatz, wobei er auch die Stellungnahme der Unternehmer beleuchtete. — In der Aussprache berichtete der Vertreter von Köln, daß die Sondergruppe der Vereinigung Kölner Fliesenleger im Abstieg begriffen sei. Der Lohnkampf im vergangenen Jahre habe ungenügende Verbesserungen gebracht. Die Arbeitslage sei zurzeit sehr ungünstig. Der Vertreter von M.-Glabbad konnte über gute Mitgliederverhältnisse berichten. Der Einfluß unserer Fachgruppe auf alle Lohnverhandlungen sei ausschlaggebend. Erschwerend wirkte der Zuzug von Aachen mit seinen niedrigen Preisen und schlechten Lohnbedingungen. In M.-Glabbad sei die Ferienkarte eingeföhrt. Lehrlinge werden nur durch Beschluß der Fachgruppe eingestellt. Auch in M.-Glabbad ist das Arbeitsverhältnis schlecht. Von Aachen wurde berichtet, daß es dort nunmehr gelungen sei, wenigstens den Grundstock zu einer Fachgruppe zu legen. Zurzeit hat die Fachgruppe 34 Mitglieder. Die Gründung wird dazu beitragen, auch in Aachen endlich gesunde Verhältnisse zu schaffen. Das Organisationsverhältnis in Barmen wurde von dem Vertreter als gut bezeichnet. Die letzte Lohnbewegung habe eine kleine Steigerung der Löhne gebracht. Lehrlinge werden nur durch Beschluß der Lehrlingskommission neu eingestellt. Die Lehrlingsfrage sei tariflich geregelt. Der Abschluß eines Bezirksstarifvertrages sei erwünscht, sonst droht dem Städte die Abhängigkeit von seiner Umgebung. Der Vertreter von Düsseldorf nannte das Organisationsverhältnis leidlich gut. Mit den Syndikalisten könne nicht vernünftig gewirtschaftet werden. Die letzten Lohnverträge waren wenig befriedigend. Zurzeit führe die Firma Kurzbäum aus Bonn in Düsseldorf Plattenarbeiten unter Tarifpreis aus; es wird darauf gehalten werden, daß der Düsseldorf Tariflohn gezahlt wird. Mit den Lehrlingsverhältnissen sei es in Düsseldorf schlecht bestellt. Aus Krefeld wurde über große Schwierigkeiten wegen der syndikalistischen Gruppe berichtet. In der Hauptfrage beherrschten diese Radikalisten dort das Feld. Es sei an der Zeit, daß unsere Bundeskollegen aus der bisherigen Reserve mehr heraustreten. Aus Koblenz wurde über gute Organisationsverhältnisse berichtet. Die Lehrlingsfrage sei noch reformbedürftig. Das Arbeitsverhältnis sei zurzeit schlecht. — In der Aussprache wurde das arbeiterschaftliche Verhalten der Syndikalisten treffend beleuchtet. Im übrigen wurde der Ausgang der letzten Lohnkämpfe und Tarifverhandlungen besprochen. Die Lehrlingsfrage wurde eingehend durchgesprochen und schließlich eine dreigliedrige Kommission zur Bearbeitung des eingehenden Materials gewählt. Die Kommission besteht aus den Kollegen Sturm, Köln, Lüde, Düsseldorf, Theis, Barmen.

Landsberg a. d. W. Die Sperre über das Geschäft des Töpfermeisters Karl Grund jun. ist aufgehoben. Die aus dem Vorjahre rückständigen Löhne sind gezahlt.

Meißen. Am 14. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre stark besuchte Jahreshauptversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende der im verfloßenen Jahre verstorbenen vier Kollegen gedacht, gab er den Jahresbericht. Er erwähnte dabei auch die letzte Lohnbewegung, die mit Erfolg für uns beendet wurde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden und seines Stellvertreters. Für den Kollegen Klöden, der auf eine Wiederwahl verzichtete, wurde Kurt Friedrich als Schriftführer gewählt. In den Vorstand der Baugewerkschaft wurden die Kollegen Brendler und Janzon delegiert. Ein Antrag, in der Vertreterversammlung

zu beschließen, den Jubilaren an Stelle der Ehrenurkunde eine silberne Bundesnadel zu überreichen, wurde gegen eine Stimme angenommen. Ein weiterer Antrag, nach dem sämtliche Funktionäre der Gewerkschaft Mitglied einer der Gewerkschaftsbewegung freundlichen politischen Organisation angehören und Leser der Arbeiterpresse sein müssen, wurde einstimmig angenommen. Mit Annahme dieses Antrages wäre erreicht, was in der Vorkriegszeit in der Meißner Töpferbewegung als selbstverständlich galt. — Kollege Richter berichtete noch über die Verhandlungen am 13. Januar wegen Schaffung eines neuen Lohn- und Abänderung des Manteltarifes. Da die Unternehmer nur auf Grund ihres Gegenvorschlages verhandeln wollten, mußten die Verhandlungen scheitern. Wenn die Herren glauben, bei der jetzigen flauen Konjunktur die Töpfer mit derartigen Angeboten verböhnen zu können, so werden sie sich darin täuschen. Kollege Hörig, Dresden, ersuchte um strenge Pflichterfüllung der Gewerkschaft gegenüber. Das Verhalten der Unternehmer zeige, daß sie den Kampf wollen.

Allgemeine Rundschau

Karl Frohme 80 Jahre alt. Einer der ältesten, verdienstlichsten und beliebtesten Veteranen der Arbeiterbewegung, Karl Egon Frohme, vollendete am 4. Februar sein 80. Lebensjahr. Bereits vor dem Sozialistengesetz, im Jahre 1874, war unser Frohme Redakteur an der Sozialdemokratischen Presse und außerdem ständiger Mitarbeiter an Gewerkschaftszeitungen. Im Jahre 1881 wurde er zum Reichstagsabgeordneten gewählt, welches Amt er bis ins hohe Alter innebehielt. Zu der Bewegung der Bauarbeiter stand Karl Frohme in engem Freundschaftsverhältnis. Er vertrat mit Nachdruck den zentralistischen Gewerkschaftsgedanken und war ein eifriger Mitarbeiter des „Neuen Bauhandwerkers“ und später des „Grundstein“. Lange Zeit lieferte er allwöchentlich Beiträge, vor allem politischen Inhalts, für den „Grundstein“. — Karl Frohme ist nun 80 Jahre alt. Wir beglückwünschen ihn zu diesem Jubiläumstage und verbinden damit zugleich unseren herzlichsten Dank für früher geleistete Dienste. Noch heute beteiligt sich Karl Frohme trotz seines hohen Alters an den Parteiarbeiten. Möge es dem allzeit Rüstigen noch länger beschieden sein!

Adolf Busch 65 Jahre. Am 30. Januar vollendete Adolf Busch sein 65. Lebensjahr. Der neueren Generation ist unser Adolf weniger bekannt, da sein Wirken nach außen nur einem engeren Kollegenkreise bekannt war. Und doch verkörpert sich in ihm ein gutes Stück Gewerkschaftsgeschichte der Bauarbeiter. Schon 1890 sehen wir ihn als stellvertretenden Kassierer in der örtlichen Verwaltung der Hamburger Maurer, 1894 wurde er erster Kassierer, 1901 der angestellte Vorsitzende des Hamburger Zweigvereins. 1902 wurde er im Hauptbüro des Maurerverbandes angestellt, 1905 als Beisitzer in den Hauptvorstand gewählt. Dem Vorstand gehörte er auch an nach der Organisationsumwandlung in Bauarbeiterverband und Baugewerksbund. 1924 schied er bei der Reorganisation des Hauptvorstandes aus diesem aus; seitdem war er Vorsteher der Markenverbandsteilung. In jedem seiner verschiedenen Ämter hat dieser stets freundliche und heitere Kollege bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres mit Ausdauer, Fleiß und Gewissenhaftigkeit gewaltet. Den Umzug nach Berlin hat er nicht mehr mitgemacht, er hat noch einige Monate in Berlin mitgewirkt und ist nunmehr in den Ruhestand getreten. Wir danken Adolf Busch für seine langjährige Mitarbeit und wünschen ihm einen langen frohen Lebensabend!

Zur Verleumdung der Berliner Bauhütte. Die Schauer-mär von der sinnlosen Vergewundung von 100 000 M Arbeiter-groschen durch unsere Berliner Bauhütte durchdringt trotz aller Richtigstellungen immer noch den deutschen Wälferswald. In der Bolschewikenpresse, von der diese Verleumdungskampagne ihren Ausgang nahm, ist es in dieser Richtung allerdings still geworden, natürlich fühlt sich aber keines dieser Revolverblätter gemühtig, eine Richtigstellung zu bringen. Das gehört zur journalistischen Klassenkampfeinstellung auf jener Seite. Dafür ereifert sich jetzt die verpöbelte kleine Provinzpresse über die Richtigstellung Vergewundung von Arbeitergroschen durch die Berliner Bauhütte. Der Schwindel ist eben wie jeder andere nicht totzukriegen. Und eigenartig: Keines dieser „honesten“ Wälfersblätter gibt als Quelle ihrer Verleumdungsnotiz die Bolschewikenpresse an! Das erscheint ihnen denn doch zu anrühlich und bedenkllich. Um so mehr aber berufen sie sich auf die „lauteren Quellen“ aus „gutsbürgerlichen“ Wälfers. So bringt neben andern Winkelblättern auch die „Swinemünder Zeitung“ am 28. Januar die Verleumdungsnotiz und bemerkt dazu mit fittlich-frommem Augenaufschlag, sie entnehme die Nachricht dem „Deutschen“, der ein „durchaus ernstes“ Blatt sei, so daß niemand Anlaß habe, „an der Darstellung die geringsten Zweifel zu hegen“. Die Berichtigung, die „Der Deutsche“ bereits gebracht hat, hat man natürlich in dem Swinemünder Wälfers übersehen. — Der journalistische Anstand von der „Deutschen Arbeiterzeitung“ bis zu dem Swinemünder Wälfers ist tatsächlich bewundernswert. Erstklassige Preßjournalisten! Sie und die Bolschewikenpresse sind tatsächlich in solchen Dingen einander wert. Sie ziehen dem sachlichen Meinungskampf die Vergiftung der öffentlichen Meinung vor und treiben Notzucht mit der Preßfreiheit. — Verächtliches Preß-kosakentum!

Preisauschreiben für Unfallverhütung! Fünftausend-Mark-Preis! Nach den statistischen Ermittlungen der letzten Jahre war ein nicht unbeträchtlicher Teil aller Explosten von Niederdruckzetylenwicklern darauf zurückzuführen, daß vom Brenner in die Zetylenleitung rück-tretender Sauerstoff oder Flammenrückschläge von der Wasservorlagen nicht aufgehalten wurden. Daraus ist es erwiesen, daß sich die Betriebsicherheit der Niederdruck-zetylenentwickler noch erheblich erhöhen wird, wenn es gelingt, die zugehörigen Sicherheitsvorlagen weiter zu verbessern. Der Fachauschuß für Schweiß-technik im Verein Deutscher Ingenieure, Berlin N.W. 7, Ingenieurhaus, hat sich insobedessen entschlossen, in Uebereinstimmung mit einer größeren Anzahl interessierter Organisationen und besonders mit tatkräftiger Unterstützung der interessierten Berufsgenossenschaften, ein Preisauschreiben hierüber zu erlassen, um noch bisher unbekannte erfindende Kräfte in Deutschland zu finden und für dieses Problem zu interessieren. — Als Preise sind aus-gesetzt: Ein erster Preis von 5000 M und ein zweiter Preis

von 2500 M. Die Bewerbungen sind an den obengenannten Fachauschuß für Schweißtechnik zu richten, von dem auch alle näheren Bedingungen über die Beteiligung in dem Preiswettbewerb einzuholen sind. Der letzte Termin für die Einreichung ist der 1. Oktober 1930. — Ein allgemeines Preisanschreiben, das sich ganz allgemein an die Arbeiterschaft richtet, erläßt die Unfallverhütungsgesellschaft G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften in ihrem neuesten Unfallverhütungskalender für das Jahr 1930. (Zu beziehen von der Unfallverhütungsgesellschaft G. m. b. H.) Hier wird eine Idee für ein Bild gesucht, das als Plakat für die Verbreitung des Unfallverhütungsgedankens verwendet werden kann. Als Preise sind hier ausgesetzt: Erster Preis 500 M.; zweiter Preis 300 M.; dritter Preis 200 M. Letzter Termin für die Einreichung ist der 31. Mai 1930. Die Bildvorschläge sind auf einer Postkarte an den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W. 9, Köthener Straße 37, einzusenden, Kennwort: Kalenderpreisanschreiben. Auf der Vorderseite der Postkarte ist die genaue Anschrift des Empfängers, auf der Rückseite der Postkarte die Idee für das Bild mitzutellen. Andere Einreichungen bleiben unberücksichtigt. — Nicht die Ausführung, sondern die Idee wird gewertet! — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf verwiesen, daß das vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften anlässlich der Reichs-Unfallverhütungs-Woche (R.U.W.) im Februar—März 1929 erlassene Preisanschreiben bereits entschieden ist. Ein erster Preis wurde nicht verteilt; der dafür ausgeworfene Betrag wurde zur Erhöhung der Trostpreise verwendet. Der zweite Preis fiel auf den Ausdruck „Wahrheit“, der dritte Preis wurde der Lösung „Aussicht! Vorwärts! Rückwärts!“ zuerkannt.

Frauenkursus im Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg vom 1. März bis 30. Juni. Am 1. März beginnt im Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg bei Frankenberg (Sachsen) wieder ein Frauenkursus, der besonders auch gewerkschaftlich interessierten Frauen und Mädchen Gelegenheit gibt, sich in vier Monaten freier Zeit Fragen der Wirtschaft und Politik klar zu machen. Es handelt sich dabei um die Beurteilung aktueller wirtschaftlicher und politischer Fragen vom Standpunkt des freigewerkschaftlichen Arbeiters aus, ergänzt durch ihre geschichtliche Vorbedingung und die Prüfung anderer sachlich möglicher Beurteilungen. Wie wichtig eine solche Schulung ist, braucht dem gewerkschaftlich Denkenden nicht aus-einandergesetzt zu werden. Besonders wertvoll ist, daß auch Arbeitslose die Kurse besuchen und ihre Unterfertigung weiter beziehen können, wenn sie als geeignet zum Kursbesuch zugelassen werden. Dazu bedarf es keiner anderen Vorbildung als der einfachen Volksschule und eines deutlich erkennbaren Willens zum Lernen. Neben den rein wirtschaftlichen und politischen Fragen werden auch noch solche behandelt, die den Menschen im allgemeinen und die Frau im besonderen angehen. — Die Schule bietet für vier Monate Unterricht und die Benutzung der Bücherei mit etwa 2000 Bänden für 40 Tagesverdienste. Das heißt, das Schulgeld ist für den, der mehr verdient, höher, als für den, der weniger verdient, und für 10 Tage Arbeit lebt man einen Monat auf der Schule. Als Mindestsatz werden wenigstens 120 M. gefordert. In besonderen Fällen können auch Ermäßigungen gewährt, oder bei öffentlichen Stellen einmalige Beihilfen beantragt werden. Bei Arbeitslosen tritt an die Stelle des Schulgeldes die Arbeitslosenunterstützung. Prospekte und jede andere gewünschte Auskunft durch das Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg, Post Frankenberg (Sa). — Der nächste Männerkursus wird vom 15. August bis 15. Dezember 1930 abgehalten.

Um die Reform des Verpflegungswesens. Der Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hatte zum 26. Januar die ihm angehörenden Besitzer des Reichsverpflegungsgerichts und des Bayerischen Landesverpflegungsgerichts zu einer Aussprache nach Berlin eingeladen. Von den am Reichsverpflegungsgericht insgesamt tätigen 130 Kriegssopfer-Laienrichtern nahmen über 50, sämtlich dem Reichsbund angehörende Beisitzer aus allen Teilen des Reiches an der Tagung teil. Dadurch erlangte die Konferenz eine weit über die Kriegssopferfrage hinausgehende Bedeutung. — Die Fragen der richterlichen Gewalt, der verpflegungswirtschaftlichen Medizin und des Einflusses der Ministerialbürokratie auf Rechtsprechung, Rechtsauslegung und auf die Spruchpraxis wurden lebhaft erörtert. An der Aussprache beteiligten sich zahlreiche Teilnehmer aus allen Gegenden des Reiches. Das Ergebnis der Aussprache sowie die grundlegenden, in fast dreistündigem Vortrag des zweiten Bundesvorsitzenden Johannes Noa behandelten Forderungen fanden ihren Niederschlag in einer längeren Entschließung, die die programmatische Richtlinie für die künftige Tätigkeit des Bundesvorstandes auf diesem Spezialgebiet darstellt. Erwähnung verdient noch, daß vier Mitgliedern in Anerkennung ihrer zehnjährigen Praxis als Beisitzer beim Reichsverpflegungsgericht oder beim Landesverpflegungsgericht Wapern eine Ehrung in Form einer Adresse zuteil wurde.

Der Wohnungsbau als Stütze der Konjunktur in den Vereinigten Staaten. Unter normalen Verhältnissen pflegt in Zeiten der guten Konjunktur der Wohnungsbau zurückgestellt zu werden, da die verfügbaren Bauarbeiter und Kapitalien im Bau von Industrieanlagen, die in Konjunkturzeiten ausgedehnt zu werden pflegen, beschäftigt sind. So entfielen in den Vereinigten Staaten in der Periode der Hochkonjunktur 1919 und 1920 nur 32,9 und 22,3 % der Gesamtbautätigkeit auf den Wohnungsbau, 55,1 und 62,3 % auf den Industriebau. In den Jahren 1921—22, zur Zeit der großen Wirtschaftskrise, ging der Anteil der Industriebauten auf 41,1 und auf 41,3 % zurück; entsprechend stieg der Anteil des Wohnungsbaues. Seit 1926 herrschte wieder bis Herbst letzten Jahres eine Hochkonjunktur, der Anteil der Industriebauten an der Gesamtbautätigkeit stieg wieder auf Kosten der Wohnbautätigkeit. Der Prozentsatz des Wohnungsbaues sank von 45,9 % 1925 allmählich bis auf 28,0 % 1929, während der Anteil des Industriebaus in diesem Zeitraum von 37,5 auf 55,1 % stieg. Jetzt ist wieder ein Konjunkturschwung eingetreten. Da aber in den Jahren 1925—28 zu viel Wohnungen gebaut wurden und demzufolge ein Ueberfluß an Wohnungen vorhanden zu sein scheint, so will man die Industriebautätigkeit trotz rückläufiger Konjunktur künstlich fördern. Die von Hoover zur Stützung der Konjunktur einberufene Konferenz stand in der Hauptsache im Dienste der Bestrebung, die Unternehmer für die Vornahme von Industriebauten zu veranlassen.

Landbund-Terror. Gewerkschaftlichen und andern Arbeiterorganisationen wird von den Wohlhabenden und andern Bürgern mit arbeitslosem Einkommen oft vorgeworfen, sie arbeiten mit Terror. Beweise können sie zwar nicht erbringen. Dafür sind wir aber in der Lage, einen schriftlichen Beweis für den Terror der Ritter von Lar und Halm unsern Lesern zu unterbreiten. Der Landbund ist jene überberichtigte Organisation, die überall mit dabei ist, wenn es „mit Gott für König und Vaterland“ gegen Republik und Demokratie geht. Sein Ableger im Waldeckischen will sich seiner ostelbischen Heimat würdig erweisen und hat folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder erlassen: „Einer Unregung aus Mitgliederkreisen folgend hat die gesamte Vertrauensmännerverammlung am 15. d. M. beschlossen, gegen alle diejenigen, auf die die Voraussetzungen der Mitgliedschaft zutreffen, die aus kleinlichen oder persönlichen Gründen der Organisation nicht angehören, folgende Selbstschußmaßnahmen zur Anwendung zu bringen: a) im Verkehr mit Nichtmitgliedern ist größte Zurückhaltung auszuüben und jeglicher gesellschaftliche Verkehr auch in Gasthäusern und beim Spiel zu meiden, da es als ehrenrührig angesehen werden muß, heute nicht dem Landbund anzugehören. b) Von Nichtmitgliedern, auch wenn sie zur Nachbarschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft gehören, sind keine Gefälligkeiten mehr anzunehmen, auch wenn sie Opfer kosten sollten. Dagegen ist es Pflicht aller Landbündler, sich im Notfall jegliche Hilfe zu leisten. c) Nichtmitgliedern sind keinerlei Führen, weder Gesellschafts- oder Pflichtföhren, auch nicht für Geld zu leisten. d) Im Bedarfsfalle wird Nichtmitgliedern nur Löscharbeit geleistet, die übrigen Selbstschußmaßnahmen, wie Unterstellen von Vieh, Stellen von Saatgut und alle sonstigen Hilfsleistungen sind grundsätzlich und unter allen Umständen zu unterlassen. e) Handwerker, soweit sie im Nebenberuf Landwirt sind und daher an der Erhaltung der Scholle interessiert sind, aber nicht dem Landbund angehören, werden nicht mit der Durchführung von Arbeiten beauftragt. f) In Zukunft sind nur solche Gastwirtschaften aufzusuchen, deren Inhaber oder Pächter Landbündler sind. — Die Herren Vertrauensleute werden gebeten, die vorstehenden beschlossenen Maßnahmen den Mitgliedern in den nächsten Ortsgruppenversammlungen zur Kenntnis zu bringen und für eine sorgfältige Durchführung der Richtlinien von seiten unserer Mitgliedschaft zu sorgen. Wir müssen endlich einmal den Mut aufbringen, daß wir in unserer Berufsorganisation eine geschlossene Front bilden und derjenige unser Gegner ist, der uns noch immer fernsteht, trotzdem er Mitglied sein könnte.“ Der diese „Selbstschußmaßnahmen“ empfiehlt, ist der Waldeckische Landbund. Er hat wahrscheinlich nun den Nachweis für den Unpruch erbracht, Flügelbund der „Grünen Front“ zu werden. Auf landwirtschaftlichen Ausstellungen und „Grünen Wochen“ wird demnach wieder um das Verständnis der Bevölkerung und der Regierungen für die Lage und die Bedeutung der Arbeit des Landwirts geworben. Alles gut und schön. Bei der übergroßen Mehrheit des Volkes ist man von der Bedeutung der Landwirtschaft vollkommen überzeugt. Aber nicht von der Notwendigkeit des Landbundes. Wenn „die Landwirtschaft“ sich davon überzeugen will, dann bitte stellt mal eure „Selbstschußmaßnahmen“-Rundschreiben mit aus. Sie sind mindestens ebenso interessant wie das „Wohnhaus der Bäuerin“ oder die prämierten Bullen. Landbündler! Ihr werdet blaue Wunder erleben!

Mehr als ein Drittel der Staatsaufträge entfallen auf das Baugewerbe! In unserem sehr aufschlußreichen Buch über die „privatkapitalistische Gesellschaftsbildung im Baugewerbe“ werden u. a. wichtige Veränderungen genannt, die sich mit dem Eindringen der Konzern- und Trustbildungen in das Baugewerbe durchsetzen. Wenn auch heute noch im Baugewerbe der handwerkliche Betrieb von viel größerer Bedeutung ist als in den anderen Wirtschaftszweigen, so kommen doch mit der Tendenz auf Beschleunigung des Bauempores neue Tendenzen in das Bauwesen, denn Beschleunigung des Produktionsprozesses bedeutet auch hier Technisierung und Mechanisierung, bedeutet Anwachsen der Sachkosten gegenüber den Lohnkosten. Eine kleine Statistik des Buches verdeutlicht den Anteil des Baugewerbes an den Staatsaufträgen. Danach entfielen im Jahre 1927 von den Sachaufträgen des Reiches, der Reichsbahn und der Länder (ohne Gemeinden), die in ihrer Gesamtheit 3381 Millionen Mark betragen, mehr als ein Drittel, nämlich 1433,75 Millionen, auf Bauaufträge. Wer außerdem berücksichtigt, daß etwa der siebente Teil der Beschäftigten im Baugewerbe beschäftigt ist, so daß der Baumerk entscheidend auch die anderen Wirtschaftsmärkte beeinflusst, der weiß, welche Bedeutung die Wirtschaft durch diese Bauaufträge der öffentlichen Hand, in die die kommunalen und sonstigen öffentlichen Bauaufträge nicht eingerechnet sind, dauernd erfährt. Zugleich aber wird offensichtlich, welche Schädigung leidet auch die Wirtschaft erfahren muß, wenn eine Finanzreform nach Vorschlag der bürgerlichen Parteien die Staatseinnahmen in einem Ausmaß beschneiden würde, daß für alle diese Aufgaben dem Staat keine Mittel zur Verfügung ständen. Vollends würde die Drohselung der Einnahmen der Gemeinden die größte Schädigung der Gesamtwirtschaft bedeuten, da die kommunale Wohnungswirtschaft die Gemeinden zu den wichtigsten Auftraggebern machte. — Kein Bundesmitglied sollte veräumen das Buch zu lesen.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Gestohlen wurde das Mitgliedsbuch Nr. 854 912 des Ofensehers Georg Hoffmann, geb. am 2. Februar 1909 in Groß-Kölsen, Kreis Müritzerberg; eingetreteten 22. Oktober 1929 in Sagan. Das Buch ist im Besitz des Malers Walter Lehnhardt. Dieser hat es dem Kollegen Hoffmann entwendet und ist von Sagan verschwunden. Es ist anzunehmen, daß Lehnhardt mit dem Buch bei den Baugewerkschaftsvorständen vorpricht, um Ortsunterstützung zu erhalten. Das Buch ist einzubehalten und einzufenden an Baugewerkschaft Sagan, R. Hoffmann, Sagan, Ludwigslager 13. Ferner wurden gestohlen die Mitgliedsbücher der Kollegen Bernhard Griese, Buch-Nr. 461 078, geb. am 27. Juli 1897 in Wöhre, eingetr. am 24. Juli 1927 in Stendal; Rudolf Guschall, Buch-Nr. 684 514, geb.

Ohne Pflichten keine Rechte!
Für die Woche vom 3. bis 9. Februar ist der 6. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

am 27. Januar 1904 in Altmerleben, eingetr. am 20. November 1926 in Stendal; Friedrich Ofke, Buch-Nr. 220 741, geb. am 18. Juni 1890 in Calbe, eingetr. am 19. Mai 1922 in Stendal; Gerhard Gelbhauer, Buch-Nr. 606 988, geb. am 10. September 1911 in Berlin, eingetr. am 19. Mai 1928 in Stendal.

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 der Bundesstatute vom Bundesvorstand: Erich Apel, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Berlin, geb. 3. April 1902 in Rißdorf, eingetr. 14. Juli 1928 (651 620), Paul Kleiner, Maurer, Baugewerkschaft Buer i. W., geb. 21. September 1902 in Fehemone, eingetr. 9. März 1922 (725 192), Kurt Fleschig, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Crimmitschau, geb. 20. April 1897 in Wolfersgrün, eingetr. 8. Juli 1925 (654 067), Friedr. Lange, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Greifswald, geb. 27. Dezember 1886 in Grifow, eingetreteten 21. Mai 1929 (740 561), Richard Kottmann, Baugewerkschaft Remscheid, geb. 9. Juli 1884 zu Remscheid, eingetr. 2. April 1928 (531 000), Paul Orbach, Baugewerkschaft Remscheid, geb. 19. Dezember 1884 zu Remscheid, eingetr. 24. März 1928 (530 998), Richard Hering, Maurer, Baugewerkschaft Stade, geb. 5. Dezember 1908 in Groß-Lessen, eingetr. 22. August 1927 (440 568), von der Baugewerkschaft Duisburg: Johann Geiß, Hilfsarbeiter, geb. 23. März 1902 in Würzburg, eingetr. 19. Juli 1926 (654 548), Johann Ruhl, Hilfsarbeiter, geb. 9. Juli 1904 in Duisburg, eingetr. 10. Februar 1928 (515 066), Anton Gebler, Zementfacharbeiter, geb. 12. April 1899 in Hösbach, eingetr. 22. September 1919 (680 791), Wilh. Zeiber, Hilfsarbeiter, geb. 4. November 1888 in Ruppertshefen, eingetr. 1. Februar 1928 (531 516).

Vom 24. bis 30. Januar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gefandt: Luma 58, Sagan 352,55, Bamberg 3, Müßeldorf 7413,30, Glaß 712,15, Glogau 3,60, Sagen 2000, Jmenau 361,05, Lössau 2,70, Neumarkt 8, Prenzlau 12, Seesen 8, Thedinghausen 323,20, Welfen 3659,70, Wiffenberge 16.

Kalender: Allenstein 186, Brandis 18, Bäum 4,20, Deutsch-Rasselwitz 36, Glaß 60, Glogau 150, Hamm 150, Laucha 6, Müllitz 42, Neuhalbensleben 120, Oranienburg 9, Schweidnitz 78.
Buchhüllen: Glogau 7,50, Mergentheim 3.
Markenmappen: Glogau 1,25, Mergentheim 1,50, Neuhalbensleben 12,50.
Verschiedene Schriften: Dresden 3.
Bundesnadeln: Allenstein 0,70, Freiwaldau 18,90, Glogau 2,40, Göttingen 3,50, Kaufbeuren 12,50, Neuhalbensleben 10, Trier 6,25.
Baubanden: Liegnitz 1, Müllitz 2,80, Magdeburg 6, Oranienburg 4,90. Der Bundesvorstand.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.
Breslau. Heinrich Bischof, Maurer, 69 Jahre alt. Max Wasner, Maurerlehrling, 20 Jahre alt.
Frankfurt a. M. (Obermörlen.) J. Schneider, M., 52 J. Gelsenkirchen. (Herne.) August Frahn, Maurer, 74 J. Halle a. d. S. Karl Leuchte, Maurer, 61 Jahre alt. Königswusterhausen. Karl Noffke, Buzer, 43 Jahre. Leipzig. (Laucha.) Hermann Körner, Maurer, 68 J. Kurt Möbius, Jolierer, 53 Jahre alt. Hermann Walther, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. Löbau. (Kleinschweidnitz.) Wilhelm Hempel, M., 70 J. (Ebersbach.) Heinrich Schulze, Maurer, 75 Jahre. München. (Nordwest.) Georg Leibig, Maurer, 65 J. Osnabrück. Heinrich Zehn, Hilfsarbeiter, 26 Jahre. Plauen i. V. Richard Krebs, Maurer, 46 Jahre alt. Plauen. (Jöhniß.) Max Becker, Jüfelenleger, 60 J. Weimar. August Rudolph, Maurer, 60 Jahre alt. Wiesbaden. (Dohheim.) Wilhelm Höhn, M., 70 J. (Dohheim.) Philipp Kappes, Maurer, 80 Jahre. Zell. (Treibniß.) Richard Peterlein, Maurer, 40 J. Zwickau. (Planitz.) Aug. Hüttelmeyer, Hilfsarb., 50 J. Ehre ihrem Andenken!

Haustaffierer gesucht. Die Baugewerkschaft Osnabrück sucht zu Ende Februar einen Haustaffierer. Es kommt nur ein Mitglied unserer Baugewerkschaft in Betracht. Bewerbungen aus anderen Baugewerkschaften werden nicht berücksichtigt. Der Bewerber muß mindestens 5 Jahre dem Deutschen Baugewerksbund angehören. Bewerbung mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lebenslauf sind bis zum 15. Februar zu richten an die Baugewerkschaft Osnabrück, Kollegienwall 14 (Gewerkschaftsbüro).

Baugewerkschaft Reife.
Am Dienstag, dem 11. Februar, nachmittags 5 Uhr, Lichtbildvortrag im Bauhaus, Joleffstraße. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Vor allem darf kein Jugendmitglied fehlen. Der Vorstand. S. A.: Jablonki.

Gemeinnützige Bauarbeiter-Genossenschaft e. G. m. b. H. Anfang u. Ende.

Generalversammlung Sonntag, 23. Februar, nachmittags 1½ Uhr. im Schützenhaus. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Vorlage und Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Revisionsbericht. 5. Wahl der ordnungsmäßig auscheidenden Vorstandsmitglieder. 6. Wahl der ordnungsmäßig auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder. 7. Geschäftliches. Anträge zur Generalversammlung sind bis zum 20. Februar schriftlich im Kontor der Genossenschaft einzureichen.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Emil Schulz.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Sigg Hamburg.
Alle neugewählten und wiedergewählten Ortsverwaltungsmitglieder sind hiermit gemäß § 17 Riffer 5 der Satzung bestatigt. Wegen der Generalversammlung am 16. und 17. Juni 1930 in Magdeburg bitten wir die Ortsverwaltungen und Mitglieder, die weiteren Benennungen im „Grundstein“ zu beachten. Ferner bitten wir um eine lebhafteste und durchgehende Mitarbeit in den Verwaltungsausschüssen. Werbematerial und Plakate können jederzeit beim Bauvorstand angefordert werden. Der Vorstand: S. A.: Beck.

